Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung halbjährlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Juni 1930

Die Mängel der Deckungsvorlagen.

SPD. Unter dem Druck der scharfen Kritik, die die ursprünglichen Finanzvorlagen der Reichsregierung gefunden haben, hat sich das Kabinett zu einer Reihe von Abänderungen verstanden. Dem Verlangen nach grösserer Sparsamkeit hat die Regierung insofern nachgegeben, als jetzt statt der ursprünglich vorgesehenen 25 Millionen 100 Millionen an den Ausgaben des Reichs für das Jahr 1930 gestrichen werden. Wo diese Abstriche vorgenommen werden sollen, weiss die Regierung entweder nicht oder will sie nicht sagen. Sie verlangt vielmehr eine Ermächtigung um diese Abstriche aus eigenem Ermessen vornehmen zu können.

§ 1a der von der Regierung vorgeschlagenen Ergänzung zum Reichshaushalt bestimmt daher: "Bei den Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind Beträge in der Gesamthöhe von 100 Millionen Reichsmark abzusetzen, deren Höhe im einzelnen von der Reichsregierung festgesetzt wird." Zu dieser Ausschaltung des Reichstags liegt aber keinerlei sachliche Veranlassung vor. Für grössere Ersparnisse ist eine Mehrheit im Reichstag leicht zu erzielen. Wenn dennoch die Reichsregierung diese Mitwirkung des Reichstags nicht wünscht, so bleibt nur die Annahme übrig, dass sie die Ersparnisse am Wehretat zu vermeiden wünscht, obwohl sie hier am leichtesten durchzuführen sind.

Auch die Deckungsvorlagen sind geändert worden. Die wichtigsten Änderungen sind: 1. Alle Vorlagen gelten nur bis zum 31.März 1931 und treten dann ausser Kraft. 2. Die Reichshilfe erfasst jetzt nur noch die Beamten und Angestellten von Reich, Länder und Gemeinden und der übrigen ganz oder überwiegend öffentlichen Unternehmungen. Der Steuersatz ist von 4 Prozent auf 2½ Prozent des Gehalts ermässigt. Die Freigrenze ist von 1200 Mark auf 2000 Mark erhöht. Der Familienstand wird durch Freilassung der Kinderzulagen in Höhe von je 240 Mark berücksichtigt. 3. Die Ledigensteuer ist verschärft worden. Sie besteht aus zwei nebeneinanderlaufenden Massnahmen. Einmal soll der 25prozentige Abschlag wegfallen und ausserdem soll von einer bestimmten Einkommenshöhe ab ein 10prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden. 4. Neu ist, dass alle Einkommen über 8000 Mark jährlich einen Zuschlag von 5 Prozent zur Einkommensteuer zu entrichten haben.

Die Befristung aller Deckungsvorlagen soll den vorübergehenden Charakter der Massnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn man auch daran zweifeln kann, ob die Sanierung der Reichsfinanzen in einer so kurzen Frist durchgeführt werden kann so wird man dennoch gegen diese Befristung nichts einwenden können. Andererseits ist wichtig, dass die höheren Sätze für die Lohnsteuer nur für acht Monate gelten, weil sie erst am 1.August erhoben werden können. Das trifft auch für die Reichshilfe zu. Dagegen werden die Zuschläge zur veranlagten Einkommensteuer für ein ganzes Jahr erhoben.

In dem Hauptstreitpunkt bezüglich der Reichshilfe hat die Reichsregierung nachgegeben und die höheren Angestellten der Privatwirtschaft von der Belastung freigelassen. Dass sie diese Gelegenheit benutzte, um auch die Aufsichts-

ratsbezüge, die ursprünglich mit herangezogen werden sollten, zu befreien, entspricht nur den Tendenzen innerhalb der jetzigen Regierung. Der Steuersatz ist zwar herabgesetzt. Und wenn auch die Freigrenze erhöht werden soll, so ist doch die wichtige Forderung nach Staffelung des Steuersatzes entsprechend der Höhe des Einkommens nach wie vor unerfüllt. Vergleicht man die in Aussicht genommene Belastung der Reichshilfe mit der bisherigen Belastung durch die Lohn- bezw. Einkommensteuer, so wird das Unrecht, das darin gegenüber den unteren Beamtengruppen liegt, erst deutlich. Die unteren Beamten sollen etwa das Doppelte ihrer bisherigen Steuerbelastung tragen, während die der oberen Beamten bis auf ein Viertel der bisherigen Belastung sinkt.

Dieses Unrecht wird umso stärker empfunden werden, wenn es bei den hohen Einkommen über 8000 Mark jährlich bei dem vorgesehenen Zuschlag von 5 Prozent der Einkommensteuer bleibt. Voraussetzung für eine Sonderbelastung der Beamten muss sein, dass zuvor alle anderen Steuerquellen restlos ausgeschöpft werden, soweit das ohne Gefährdung der Wirtschaftslage geschehen kann. Ein fünfprozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer dürfte bei Einkommen von 10 000 Mark etwa 50 Mark betragen. Dieselbe Summe aber zahlt ein Beamter schon für je 2000 Mark seines Einkommens. Die Belastung des Beamten ist also um ein Vielfaches höher als bei den hohen Einkommen, von denen doch in der Regel auch gesagt werden kann, dass sie sichere Einkommen sind, und die ausserdem ihrem Besitzer eine Lebenshaltung gewährleisten, bei der Einschränkungen viel leichter möglich sind als bei den festen Gehältern der grossen Masse der Beamten.

Eine besonders komplizierte, unsoziale und grundsätzlich falsche Regelung aber ist für die Ledigensteuer beabsichtigt. Dass jemand ledig ist, ist in der Regel kein Masstab für eine besondere Leistungsfähigkeit. Vielfach ist Lohn oder Gehalt bei den Verheirateten höher als bei den Ledigen und zwar nur deswegen, weil sie verheiratet sind. Umgekehrt sind die Löhne für die Frauen so niedrig, weil sie ursprünglich nur für ledige weibliche Arbeitskräfte bestimmt waren. Dagegen sind die Ausgaben eines Ledigen oftmals höher als die eines Verheirateten. Der Hinweis der Regierung, dass ein Ausgleich der Belastung durch Zölle und Verbrauchssteuern notwendig sei, spricht nicht für, sondern gegen die Ledigensteuer. Der Verheiratete kann sich oftmals einer solchen Belastung eher entziehen als der Ledige, der auf Gaststätten angewiesen ist. Vor allem aber ist diese Steuer eine Ausnahmesteuer gegen die weiblichen Arbeitskräfte, die jetzt bereits geringeren Lohn haben, höhere Steuerlasten tragen und nun noch einmal empfindlich getroffen werden. Am unsozialsten ist die Ledigensteuer für jene Kategorie von Ledigen, die Familienangehörige zu unterhalten haben, aber auch für solche, die völlig allein dastehen und jedem Schicksalsschlag aus eigener Kraft begegnen müssen.

Die Verschärfung der Ledigensteuer ist ein besonders trübes Kapitel. War auch der 25prozentige Abschlag, der auf Grund der Lex Brüning durchgesetzt worden ist, für die unteren Lohn- und Gehaltsempfänger keine sehr erhebliche Minderung ihrer Steuerbelastung, so wird seine Beseitigung doch besonders schmerzlich empfunden werden in einer Zeit, in der der Lohn vermindert wird, in der die Sozialleistungen eingeschränkt und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden. Der ledige Arbeiter wird gleichzeitig von mehreren Seiten belastet, sodass alle Belastungen zusammen sehr viel stärker werden als die kleine Belastung, die den oberen Einkommen zugemutet wird.

In dieser unsozialen Verteilung der neuen Lasten liegt der Hauptmangel der Regierungsvorlagen. Ihn zu beseitigen, ist jetzt die Hauptaufgabe der werktätigen Volksschichten.

SPD. Dresden, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Sächsische Gewerkschaftszeitung schreibt zur sächsischen Regierungsfrage :

"Bisher hat die Sozialdemokratie in Sachsen nur zur Frage der Grossen Koalition Stellung genommen. Die Parteien, die für sie in Frage kommen, bringen nur 43 Stimmen auf, und selbst wenn man die Aufwertler und die Volksnationalen als Hilfstruppen heranziehen wollte, reicht die Stimmenzahl für die Ministerpräsidentenwahl immer noch nicht zu. Eine Regierung der grossen Koalition könnte daher nur als Minderheitsregierung unter Duldung der Wirtschaftspartei gebildet werden. Ganz abgesehen davon, dass die Wirtschaftsparteiler zu einer solchen Entsagung kaum fähig sein werden, würde dann eine Koalitionsregierung aber erst recht in ihrer Hand sein. Wenn das Ziel der Sozialdemokratie vor der Wahl dahin gehen musste, die Wirtschaftspartei aus der Regierungsmacht auszuschalten, so muss man sich jetzt darüber klar sein, dass das eben nicht mehr möglich ist.

Minderheitsregierungen, gleichviel welcher Art, sind in diesem Parlament überhaupt nicht lebens- und arbeitsfähig. Fast zwei Fünftel aller Mandate befinden sich in den Händen der offenen Gegner der Republik - der Nazis, Kommunisten, Deutschnationalen und ihrer Trabanten vom Landvolk -. Gegen diese grundsätzliche Opposition kann sich keine Regierung ohne feste Mehrheit halten. Daher bleibt praktisch eigentlich nur die Möglichkeit einer Regierungsbildung von der Sozialdemokratie bis zur Wirtschaftspartei. Bleibt etwas anderes übrig, als diesen bitteren Kelch zu leeren, wenn man nicht schon in kürzester Zeit wieder Landtagswahlen ohne jede Aussicht auf ein besseres Ergebnis haben will? So, wie die Dinge jetzt liegen, kommt die Sozialdemokratie garnicht umhin, zu dieser Frage ernsthaft Stellung zu nehmen. Selbstverständlich muss aber jetzt, angesichts dieses Wahlausfalles, erst recht gelten, was die Landesinstanzen schon vorher beschlossen haben: die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung, die bis zur Wirtschaftspartei reicht, kann nur in Frage kommen unter bestimmten Garantien für eine in sozialer Hinsicht fruchtbare Arbeit.

SPD. Eisleben, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Kommunisten haben seit Wochen in ihrer Presse, in Flugblättern und Versammlungen den Eindruck zu erwecken versucht, als ob der Streik im Mansfelder Gebiet von ihnen geführt werde. Wie wenig an diesen Prahlereien ist, bewies eine Demonstration, die von den Gewerkschaften am Montag vormittag veranstaltet wurde.

Aus dem ganzen Streikgebiet waren fast alle Streikenden dem Rufe der Gewerkschaften gefolgt. Ein imposanter Demonstrationszug bewegte sich von Helbra durch die Grunddörfer nach Eisleben. In mustergültiger Ordnung und Disziplin erfolgte der Aufmarsch auf dem Marktplatz in Eisleben, der von den Massen restlos gefüllt wurde. Zehntausende Mansfelder Arbeiter hatten sich vereinigt, um in einer machtvollen Kundgebung ihre Ansicht über das Lohndiktat von Mansfeld in aller Öffentlichkeit kund zu tun. Der Vorsitzende des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Fritz Husemann, sprach zu den Versammelten über die Ursachen und den Verlauf des Abwehrkampfes und wandte sich entschieden gegen die Absicht der Mansfeld A.G. und des gesamten Unternehmertums, durch einen Lohnabbau die Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen. Durch einen allgemeinen Lohnabbau, wie ihn die Unternehmer fordern, würde die Kaufkraft weiter Kreise sinken und dadurch die Krise nur noch schlimmer.

Kommunistische Störungsversuche beim Abmarsch der Demonstranten, die durch die Polizei unterdrückt wurden, konnten den wuchtigen Eindruck des Massenaufmarsches der Gewerkschaften nicht beeinträchtigen. Die Demonstration hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass der Einfluss der KPD im Mansfelder Bergbaugebiet gleich Null ist.

SPD. In der Montag-Sitzung des Reichstags gedachte Reichstagspräsident Löbe zum Schluss der Beratungen der Befreiung der Rheinlande. Nationalsozialisten und Kommunisten hatten sich während der kurzen, eindrucksvollen Feier in der richtigen Erkenntnis verzogen, dass sie an dieser Befreiung keinen Anteil haben und sie gegen ihren Willen erreicht worden ist. Die Deutschnationalen waren zum Teil anwesend.

Reichstagspräsident Löbe

führte aus: "Wie die Augen des ganzen deutschen Volkes, so sind auch unsere Gedanken am heutigen Tage auf das Rheinland gerichtet, über dessen grüne Berge und alte Burgen, auf dessen Türmen und Zinnen in dieser Nacht zum ersten Male die Fahne der Deutschen Republik emporsteigt, nachdem das letzte Hoheitszeichen fremder Gewalt verschwunden ist. Mit dem Gefühl der Freude, dass das Ziel erreicht ist, an dem einst so viel gezweifelt, und das zeitweise auch ernstlich gefährdet schien, verbindet sich für jeden von uns, wo auch seine Heimat sei, der Dank für die Treue, die das Volk am Rhein in trübsten Zeiten dem deutschen Vaterland gehalten hat.

Wir erinnern uns heute der niederdrückenden Stunde, als in der N ationalversammlung in Weimar uns die schwere Fessel auferlegt wurde, als der Tag der Erlösung - 15 Jahre ! - so unerreichbar fern schien, dass viele ihn nicht mehr zu erleben fürchteten, und gar mancher hat ihn ja nicht mehr erlebt. Wir erinnern uns an die Zeiten des rechtswidrigen Ruhreinbruchs, als wir von hier aus den Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr das "Bleibt fest und treu!" zuriefen. Wir gedenken in Hochachtung und Ehrerbietung heute aller, die in dieser Zeit der Besatzung ihr Leben hingegeben haben, weil sie mit Treue an ihrer Heimat hielten, an die, welche Gesundheit und Gut opferten. Wir legen in Demut einen Kranz auf das Grab des grossen, immer wieder Zuversicht schöpfenden Staatsmannes, der die letzten Hindernisse beseitigte und dem ein grausames Schicksal verwehrte, den Tag der Befreiung mitzuerleben. Wir senden unseren Gruss und Glückwunsch an den Rhein für alle, die sich der wiedergewonnenen Freiheit freuen.

Noch sind nicht alle Wunden geheilt, die dieser Krieg gerissen hat. Ich brauche nur an das Saarland zu erinnern und es bleibt bestehen unser aller Vorsatz, Deutschland die Freiheit und Gleichberechtigung auf allen Gebieten zu erringen. Wir sind bereit zur Freundschaft mit allen früheren Gegnern, wir sind bereit, in die grosse friedliche Familie der Völker Europas einzutreten, aber in ihr kann es keine entrechteten und keine minderberechtigten Söhne geben, wir wollen es tun als ein gleichberechtigtes Glied unter den Staaten unseres Erdteiles.

Welche Aufgaben aber auch immer noch vor uns liegen, wir gehen mit Zuversicht an ihre Lösung: Anfeuern und Beflügeln soll uns dabei der Erfolg dieses Tages und die Freude, die heute am Rhein aufleuchtet, anfeuern soll uns das Bewusstsein, die deutsche Erde am Rhein ist wieder frei !!

Vizepräsident Esser (Ztr) schliesst sich den Worten des Präsidenten an und stellt im Namen aller Parteien mitAusnahme der Kommunisten zur Beratung in der Dienstag-Sitzung den Antrag, die für den befreiten Westen vorgesehene systematische, auf zehn Jahre verteilte Wirtschaftshilfe gemäss dem Westprogramm der Reichsregierung durch ein Gesetz sicherzustellen, das noch vor der Sommerpause des Reichstags zur Verabschiedung gelangt.

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Abgeordnete für Savoyen in der französischen Kammer, Pierre Cot, äussert sich am Montag in der "Liberté" zu dem französisch-italienischen Konflikt, den er als sehr akut und zugespitzt bezeichnet.

Cot erklärt, dass in den letzten Tagen eine ziemlich rege Aktivität Italien gegenüber geherrscht habe. Ausser den Erklärungen Briands vor der aus-

wärtigen Kommission des Senates, über die eine strenge Diskretion gewahrt werden müsse, habe noch ein Meinungsaustausch zwischen Poincaré, Briand, dem ehemaligen französischen Botschafter in Rom, René Besnard, und einer Anzahl anderer Senatoren stattgefunden. Zu gleicher Zeit sei auch der italienische Botschafter in Frankreich, Graf Manzoni, nach Rom berufen worden, um neue Instruktionen zu empfangen. Vor seiner Abreise habe er eine längere Unterredung mit Briand gehabt. Der Beginn der Hochsommerzeit habe jedoch eine energische Klärung in den zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen aufs neue verzögert. Diese schwebenden Fragen bezögen sich hauptsächlich auf zwei Gebiete: auf den Status der italienischen Untertanen in Tunis, und die Frage der Grenzrektifikation zwischen den italienischen und französischen Einflusszonen in Nordafrika. Was die italienischen Kolonisten in Tripolis betreffe, so verlange Italien die Wiederherstellung des status quo der Vorkriegszeit, was Italien bereits 1918 von französischer Seite versprochen worden sei. An der tripolitanischen Grenze fordere Italien die Überlassung des Gebirgsmassivs von Tibesti, eines Ausläufers der Sahara, der in italienisches Gebiet hineinrage.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird sich am Dienstag mit den neuen Deckungsplänen der Regierung Brüning beschäftigen. Ihre Entscheidung ist jedoch erst nach der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei zu erwarten, die am Freitag in Berlin stattfindet.

SPD. Washington, Ende Juni (Eig.Bericht)

Die politischen Folgen der im Angesichte eines allgemeinen Entrüstungssturmes unter Dach und Fach gebrachten Smoot-Hawley Schutzzollvorlage werden nicht lange auf sich warten lassen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Präsident Hoover die heiss umstrittenen gleitenden Zollskalen der Vorlage dazu benutzen will, besondere Zollkrassheiten zu korrigieren und damit auch die Feindseligkeit des Auslandes zu beschwichtigen, die in scharfen Protesten von 33 Nationen ihren beredten Niederschlag gefunden hat. In führenden Wirtschaftskreisen wird im übrigen die Möglichkeit der stillschweigenden Milderung der neuen Zollraten entschieden bestritten und darauf verwiesen, dass im Rahmen dieser, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge zusammengeflickten neuen Zollgesetzgebung alle Erleichterungen nur bedeutungslos sein können.

Wie dem auch sein mag, die neuen Zolltarife werden in der nationalen Wahlkampagne dieses Herbstes eine führende Rolle spielen und im gewissen Sinne das Urteil über die republikanische Partei und ihre Verwaltungspolitik sprechen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die Vorlage keineswegs den Wünschen des Präsidenten und seiner Verwaltung entspricht, aber aus parteipolitischen Gründen geschluckt werden musste. Die Demokraten haben die taktischen Nachteile dieser Situation für die Republikaner sehr gut verstanden und der Regierungspartei den Kampagnehandschuh der Zollvorlage hingeworfen. Es wäre falsc zu glauben, dass es sich bei dieser Auseinandersetzung um fundamentale Verschiedenheiten zwischen den beiden Parteien handelt. Es geht einzig um die Frage, wer in den kommenden Jahren zu sagen haben soll, und zur Herbeiführung dieser Entscheidung muss eben jedes Mittel herhalten. In diesem Kampfe kommt die demokratische Partei aber nicht um die recht anrüchige Tatsache herum, dass die Annahme der Zollvorlage im Bundessenate überhaupt nur durch fünf demokratische Stimmen möglich gemacht wurde. Angesichts dieser anscheinend abkommandierten fünf Stimmen erscheint die Entrüstung der Demokraten über die Verwerflichkeit der neuen Zollgesetze in recht zweifelhaftem Lichte.

Im übrigen hat der Bundeskongress, nachdem er nun einmal den Tarif nach 18monatigen Beratungen los geworden ist, ein reichliches Bündel anderer Sorgen. Da ist die wachsende Arbeitslosigkeit, über die man sich sogar in den weltent-

rückten Kreisen des Bundeskapitols langsam klar geworden ist. Endlich hat man auch in der parlamentarischen Auslese Amerikas eingesehen, was von den stereotypen Beruhigungsbulletins der amtlichen Stellen zu halten ist, und legt heute derartige Darstellungen einfach zu den Akten. Das will nun nicht etwa sagen, dass die amerikanischen Parlamentarier bemüht sind, einen Ausweg aus der verzwickten Lage zu finden und den Millionen amerikanischer Arbeitsloser an Hand eines umfangreichen Notprogramms neue Existenzmöglichkeiten zu verschaffen. Man lässt vielmehr alles so gehen wie es die göttliche Vorsehung und die amerikanischen Grossindustriellen gehen lassen wollen und lehnt alle Hinweise auf die Dringlichkeit derartiger Massnahmen mit vagen Bemerkungen auf die Herbsttagung ab. Im Vordergrunde aller Erwägungen steht nur noch die Wiederwahl und so beeilen sich Senatoren und Abgeordnete in schöner Eintracht, so schnell als möglich in ihre Wahlbezirke zu kommen und dort ihren Wählern vorzuerzählen, wie sie für die nationalen und lokalen Interessen eingetreten sind. Die Nation wird nach dem letzten Anschauungsunterricht über die neue Zollvorlage Gelegenheit haben, darauf die richtige Antwort zu geben.

Wie sieht unterdessen das Land aus?! Prosperität ist nur noch eine schöne Sage, die nachgerade durch die ständigen Hinweise hoher und höchster Regierungsstellen auf die kommende Erholung ein etwas komisches Gesicht anzunehmen beginnt. Der amerikanische Aussenhandel ist in den ersten fünf Monaten 1930 um 21 % gesunken. Der Beschäftigungsgrad im Juni ist genau so schlecht wie im Januar, mit alleiniger Ausnahme von Bauten, denen aber ein rapides Nachlassen der Automobilindustrie gegenüber steht. Die Autoindustrie und alle ihre Seitenzweige haben in diesem Jahre eine Senkung von 31 % erlebt und internationale Zollkomplikationen lassen eher eine Verschärfung als eine Besserung erwarten. Die Pessimisten der amerikanischen Wirtschaft haben übrigens nicht Unrecht, wenn sie darauf verweisen, dass selbst eine Steigerung der industriellen Tätigkeit Amerikas und eine Absatzvermehrung ihrer Produkte nur in geringem Masse von einer Besserung des Arbeitsmakrte begleitet sein wird. Die Maschine kommt immer mehr zu ihrem Rechte und lässt Elemente, die sie einmal aus dem Produktionsprozesse geworfen hat, nicht mehr hinein. Eine Überführung in andere Industriezweige ist unter dem hochentwickelten amerikanischen Industriesystem nur sehr schwer und mit grossen Zeitverlusten möglich. Die geringen Ersparnisse sind schnell aufgegessen und was bei dem völligen Mangel sozialer Fürsorge für beträchtliche Teile der arbeitslosen Massen Amerikas hinterher kommt, ist schlimmer als sich Europa träumen lässt.

Die allgemeine Abnahme im amerikanischen Aussenhandel wird nur durch einen Lichtblick unterbrochen, dem politisch und wirtschaftlich ein gewisses pikantes Interesse zukommt. Die amerikanische Ausfuhr nach Russland stieg während der ersten vier Monate des Jahres auf 54 385 000 Dollar an, eine Zunahme von über 200 % gegenüber der entsprechenden Ausfuhrziffer des Vorjahres. Unter den gegenwärtigen Umständen sind die Sowjets trotz des verhältnismässig geringen Umfanges ihrer Einkäufe die bestversprechendsten Kunden Amerikas neben den lateinamerikanischen Ländern. Die amerikanische Wirtschaft ist sich nur zu gut bewusst, welche Absatzmöglichkeiten sich bei einer Bevölkerung von 140 Millionen Menschen in den sowjetrussischen Gebieten ergeben, Absatzmöglichkeiten in Ausmassen, die sich nicht einmal annähernd übersehen lassen.

Diametral entgegengesetzt zu diesen nüchternen Erwägungen ist der Standpunkt, den die amtlichen Stellen gegenüber Sowjetrussland einnehmen. Die ablehnende Haltung des Weissen Hauses ist genau definiert und wird sich vorläufig wohl nicht ändern.

SPD. Amtlich wird gemeldet: In der Meinungsverschiedenheit zwischen Reich und Thüringen über die Verfassungsmässigkeit des § 3 des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes hat das Reichsgericht zu Gunsten des Reichs entschieden und erkannt, dass der § 3 Abs. 1 des Thüringischen Ermächtigungsgesetzes vom 29.März 1930 mit dem Reichsrecht nicht vereinbar ist. Das Reichsgericht ist in allen Punkten dem Standpunkt des Reichsministers des Innern beigetreten.

SPD. Mainz, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Mainz ist frei von fremden Truppen und damit hat das Rheinland seine Freiheit wieder erlangt. Wahre Menschenströme durchzogen am Montag die Strassen von Mainz. Ein Flaggenmeer schwarz-rot-goldener und hessischer Fahnen gab Kunde von dem historischen Ereignis.

Am Montag-Vormittag ging der letzte Akt der Besatzung zu Ende. Von Main-Castel her marschierte gegen 11 Uhr das letzte französische Regiment zum Schloss, dem Wohnsitz des Oberkommandierenden General Guillaumat. Um 11 Uhr wurde die französische Flagge in feierlicher Weise niedergeholt.Dann marschierten die Truppen zum Bahnhof, wo die letzte Parade französischer Truppen auf rheinischem Gebiet stattfand. Um 1.30 Uhr fuhr der Sonderzug aus der Mainzer Bahnhofshalle: das Rheinland war frei.

Nachmittags rückte die Schutzpolizei ein, von Tausenden und Abertausenden begrüsst und gefeiert. Ihr Einzug glich einem wahren Triumphzug. Um 5 Uhr wurde auf allen bisher von den Franzosen besetzten Gebäuden, dem Schloss, dem Gouvernement usw. die deutsche Reichsflagge gehisst. Deutsche Flieger kreuzten über der Stadt. Mainz und damit das Rheinland sind frei.

SPD. Der Vorsitzende des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats von Siemens nahm am Montag in einer Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses Gelegenheit, das zehnjährige Bestehen des Reichswirtschaftsrats zu würdigen. Siemen wies u.a. darauf hin, dass der mit der Einberufung des Vorläufigen Reichswirtschafts rats unternommene Versuch, die Lösung wirtschaftlicher Probleme in gemeinsamer Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, zweifellos dem Geist der Zeit entspreche und wohl der einzige Gewinn aus dem Völkerringen sei. Durch die Gemeinschaftsarbeit solle das gegenseitige Verständnis der Parteien gefördert und die Grundlage eines fruchtbringenden Zusammenlebens geschaffen werden. Siemens schloss seine Rede mit dem Ausdruck der Hoffnung, dass die gesetzgebenden Instanzen sich endlich entschliessen, den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu schaffen.

Die Grüsse der Reichsregierung überbrachte Staatssekretär Dr. Trendelenburg der augenblicklich die Geschäfte des Reichswirtschaftsministers wahrnimmt. Der vom Reichswirtschaftsrat ausgebildete eigene Arbeitsstil habe, so betonte Trendelenburg, wertvolle Ergebnisse gezeitigt und es sei Sache des Reichstags, das bereits durchberatene Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat schleunigst zu verabschieden.

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Oberkommandierende der Rheinarmee, General Guilleaumat, hat vor dem Abzug der letzten französischen Truppen aus dem Rheinland dem Vertreter der Pariser Zeitung "Intransigeant" in Mainz folgendeErklärung übermittelt:

"Die französische Armee verlässt den Rhein mit dem ruhigen Bewusstsein, ihre Pflicht bis zum Schluss erfüllt zu haben. Sie hat das Recht, stolz darauf zu sein, dass diese Pflicht in 12 anstatt in den vorgesehenen 15 Jahren erfüllt

worden ist, nachdem es die Regierung der französischen Republik so für richtig befunden hat. Während der ganzen Dauer unserer Mission ebenso wie während der Räumungsoperationen gab es nicht einen Soldaten in der Rheinarmee, der nicht die Grösse des patriotischen Werkes gefühlt hätte, zu dem er beitrug."

SPD. In der Montagsitzung des Raiffeisen-Untersuchungsausschusses wies der Abg. Jürgensen (Soz) auf die Pressemeldungen hin, die im Anschluss an die Verhaftung des Russen Uralzeff erschienen sind und geheime Kaufverhandlungen zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten Kaufhold und Uralzeff über Belastungsmaterial gegen die Raiffeisendirektion behaupten. Eine Klärung dieser Angelegenheit sei notwendig. Diese Anregung wurde von verschiedenen Seiten unterstützt. Aus geschäftsordnungsmässigen Gründen schloss der stellvertretende Vorsitzende Leinert während dieser Besprechungen die Öffentlichkeit aus.

In der nichtöffentlichen Sitzung erklärt Abg. Kaufhold, dass er in dieser Angelegenheit bereits eine Richtigstellung an die Presse gesandt habe. Er stellte alsdann den Sachverhalt folgendermassen dar: Im Februar d.J. sei Uralzeff an ihn herangetreten mit der Behauptung, dass ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt in Kassel Material gegen die Raiffeisendirektion sammele. Aufgefordert, hierfür Beweise zu erbringen, habe Uralzeff ein höchst merkwürdiges Schreiben des Rechtsanwalts vorgelegt, von dem er - Kaufhold - annehme, dass es gefälscht gewesen sei. In dem Schreiben habe nur gestanden, dass der Rechtsanwalt nicht als solcher, sondern als "Privatmann" gegen Provision die angeblichen Ansprüche Uralzeffs gegen die Raiffeisenbank vertreten wolle. Dann sei Uralzeff mit der Behauptung hervorgetreten, dass er belastendes Material gegen die Raiffeisenprokuristen Krause und Lange besässe. Kaufhold habe ihm darauf erwidert: Wenn dieses Material dazu führen könne, von den genannten Prokuristen Bestechungssummen für die Raiffeisenbank zurückfordern zu können, so werde die Raiffeisenbank in der Angelegenheit der noch nicht verkauften Radeberger Fabrik "Orion" dem Uralzeff Entgegenkommen beweisen. Andere Versprechungen habe er dem Uralzeff nicht gemacht. Uralzeff habe darauf ein Material vorgelegt das keinen Beweiswert gegen Lange und Krause gehabt habe, nämlich Kopien von ihm selber geschriebener Briefe, in denen er (Uralzeff) den Prokuristen angeblich erhaltene Bestechungssummen vorhält. Diese Briefe habe Kaufhold an den Syndikus der Raiffeisenbank, Rechtsanwalt Pies weitergeleitet. Jetzt habe sie die Kriminalpolizei. Uralzeff habe dann nichts weiter von sich hören lassen. Er sei dann aber bei einigen seiner alten Gläubiger gewesen und habe ihnen gefälschte notarielle Urkunden mit der angeblichen Unterschrift Kaufholds vorgelegt, in denen dieser dem Uralzeff in einem Falle 45 000 Mark, auf einer zweiten Urkunde 125 000 Mark, auf einer dritten 250 000 Mark und schliesslich sogar 750 000 Mark für sein Material anbietet. Tatsächlich haben sich Leute - obendrein bereits von Uralzeff geschädigte Personen - gefunden, die ihm auf diese Urkunden hin erneut Vorschüsse gegeben haben. So ein Herr Riedel 10 000 Mark, ein Herr Pinkus 6 000 Mark, ein dritter Herr 1 000 Mark.

Der stellvertretende Vorsitzende Leinert stellte fest, dass im Februar 1930, als Herr Kaufhold mit Uralzeff wegen des Materials verhandelte, der Untersuchungsausschuss seine Arbeiten in der Raiffeisensache noch nicht abgeschlossen hatte. Eine Rechtsverpflichtung des Abgeordneten, privat erlangtes Material dem Ausschuss zuzuleiten, bestände nicht. Im übrigen sei durch die Berichterstattung an das Plenum und durch die Beschlussfassung des Landtags der Ausschuss nicht mehr in der Lage, das Theme Raiffeisen nochmals sachlich zu behandeln, ehe er vom Landtag einen neuen Auftrag erhalte. Der Ausschuss stimmte dieser Auffassung bei.

\+ + +

Die Angelegenheit Kaufhold-Uralzeff dürfte mit der oben wiedergegebenen Erklärung Kaufholds zunächst erledigt sein. Wenn auch vielleicht rechtlich zulässig, so ist es doch sachlich höchst bedenklich, dass ein Mitglied eines

Untersuchungsausschusses während der Dauer der Verhandlungen sich von einem Hauptzeugen Belastungsmaterial aushändigen lässt, ohne dass der übrige Ausschuss davon erfährt. Die Bedeutung der Angelegenheit wird hier nur dadurch herabgemindert, dass das von Uralzeff gegebene Material wertlos war. Aber sicher hat Herr Kaufhold nicht auf wertloses, sondern wertvolles Material spekuliert, als er mit Uralzeff verhandelte.

SPD. Bombay, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Präsident des allindischen Nationalkongresses, Motilal Nehru, seit der Festnahme Gandhis Führer der indischen Freiheitsbewegung, ist verhaftet worden. Gleichzeitig wurden die Arbeitskomitees des Kongresses und ihre provinzialen Unterabteilungen für ungesetzlich erklärt und aufgelöst. Damit ist der Kampf zwischen der anglo-indischen Regierung und der indischen Freiheitsbewegung an seinem erbittertsten und vielleicht entscheidenden Abschnitt angelangt.

Der allindische Kongress und seine Arbeitskomitees waren bisher Kopf und Arm der indischen Bewegung. Im Kongress wurden die Pläne ausgearbeitet, die Beschlüsse gefasst und die Befehle an die Bevölkerung ausgegeben; die Komitees sorgten für die Ausführung. Wenn nunmehr der Führer verhaftet und die ausführenden Organe als ungesetzlich erklärt sind, so ist mit der Verhaftung aller daran beteiligten Personen zu rechnen. Solche weittragenden Massnahmen werden sich jedoch nicht widerstandslos und nicht ohne Kampf durchführen lassen. Infolgedessen ist mit neuer Erbitterung und mit neuen Kämpfen zu rechnen, die alle bisherigen Ereignisse in den Schatten stellen können. Nicht ausgeschlossen ist auch, dass der Kongress selbst das Schicksal seiner Unterkomitees bald teilen wird.

Wenn die neuen Massnahmen der anglo-indischen Regierung eins bestätigen, so ist es die ausserordentliche Wirksamkeit des von den Arbeitskomitees geleiteten Boykotts gegen die englischen Waren. Der allindische Kongress hatte die gegenwärtige Woche zu einer Boykottwoche erklärt, in der die Bewegung in ganz Indien von Haus zu Haus getragen und mit allen agitatorischen Mitteln verschärft werden sollte. Selbst Kinder von sechs bis zehn Jahren waren in die Propagandaveranstaltungen gegen die englischen Waren mit einbezogen und hatten bereits begonnen, mit grossem Erfolg zu wirken. Auch auf die bisher von England so sehr geförderte Jugendbewegung greift der Kampf über, und auch hier zugunsten der indischen Unabhängigkeit.

Vor seiner Verhaftung hat Nehru den Bruder von Patel, den früheren Präsidenten der indischen Nationalversammlung, zu seinem Nachfolger bestellt. Mit Nehru ist auch sein Privatsekretär ins Gefängnis gewandert.

SPD. Am 30.Juni, 12 Uhr nachts, mit dem Anbruch der ersten Stunde des Tages, an dem die bisher besetzten Gebiete ihre Freiheit wiedererlangt haben, versammelte sich in Wiesbaden unter freiem Himmel die Bevölkerung zu einer grossen Befreiungsfeier. Nach der Ansprache des Wiesbadener Oberbürgermeisters sprach der Preussische Ministerpräsident Dr.Braun die folgenden Worte :

"Zur Zeit steht uns allen nicht der Sinn nach lauten Feiern. Aber in dieser denkwürdigen Stunde, da für die schöne Kurstadt Wiesbaden und für das herrliche nassauische Land eine mehr als 11 jährige Besetzung zu Ende geht, hat die Begeisterung und die Freude, die Ihrer aller Herzen füllt, ihr Recht. Die Staatsregierung empfindet diese dankbare Freude auf das herzlichste mit Ihnen allen.

Ja, ich bin gewiss, dass die Friedensfreunde ganz Europas unsere Freude mit uns teilen und mit uns hoffen, dass heute Methoden für immer ihren Abschluss fanden, die ein Hemmschuh für den europäischen Frieden waren.

Die Zeit, unter die wir heute einen Schlusstrich ziehen, hat auf Wiesbaden wie auf dem ganzen besetzten Gebiet schwer gelastet. Ihr Herr Oberbürgermeister hat die Erinnerung an die Lasten und Leiden der letzten Jahre wieder lebendig werden lassen. Um so heller erstrahlt die Treue des nassauischen Landes zum deutschen Vaterlande und zum neuen Staat. Sie hat in dieser Zeit die Feuerprobe bestanden. Die Erinnerung an die tapfere, vaterländische und treue Haltung des besetzten Gebietes wird uns immer lebendig sein und wird ein Vorbild für ganz Deutschland bleiben. Dieser Ihrer Treue und Ihrer Vaterlandsliebe gedenkt die Preussische Staatsregierung in dieser Stunde mit höchster Anerkennung und wärmstem Dank. Wie sie auch mit Dankbarkeit der Staatsmänner gedenkt, deren Politik wir es verdanken, dass wir schon heute die lang ersehnte Befreiungsstunde feiern können.

Freilich ein Wermutstropfen fällt in unseren Freudenbecher; ein Stachel bleibt zurück. Unsere Volksgenossen an der Saar können noch nicht mit uns feiern. In nationaler Verbundenheit senden wir ihnen brüderliche Grüsse! Sie sind gerade jetzt, ebenso wie wir, in allen Orten des Saargebietes versammelt, um erneut ihre Treue zum deutschen Vaterlande zu bekunden. Wir hoffen, dass bald auch in Saarbrücken in einer mitternächtigen Befreiungsstunde die Freudenfeuer brennen und auch unsere deutschen Brüder an der Saar ihrer Freude über d Wiedervereinigung mit ihrem Vaterlande Ausdruck geben können!

Noch haben wir einen langen, schweren Weg des Wiederaufbaus vor uns, noch herrscht die schlimmste Not in zahllosen deutschen Familien. Die Räumung war ja nur ein Schritt auf diesem Wege. Es bleibt uns noch unendlich viel zu tun, bis wir die Folgen des zerstörenden Krieges ausgeräumt haben. Bisher lag auf diesen schönen Landen des Westens und seiner so tatkräftigen und fleissigen Bevölkerung der lähmende Druck einer fremden Truppenmacht. Jetzt kann sich auch hier Unternehmungslust und Tatkraft, wie überhaupt das ganze öffentliche Leben wieder frei regen. Wir begrüssen diesen Zuwachs an Kraft bei unserer Aufbauarbeit.

Aber ich habe in dieser Stunde eine Bitte: Heute eint Sie alle die Begeisterung; die gemeinsam ertragene Not und die heutige gemeinsame Freude haben hier im besetzten Gebiet die bedauerlich hohen Schranken niedergelegt, die in unserem Vaterland leider Menschen verschiedener politischer Meinung und verschiedener Weltanschauungen oft zu trennen pflegen. Nehmen Sie aus den vergangenen Jahren und aus dieser festlichen Stunde dieses Gefühl der Verbundenheit, nehmen Sie die Achtung vor der ehrlichen Überzeugung Anderer mit in den Alltag der mühevollen Kleinarbeit. Möge das besetzte Gebiet auch darin ein Vorbild für das ganze Volk sein :

Dieses einige deutsche Volk, auf dessen bessere Zukunft ich vertraue, unser gesamtes deutsches Vaterland, die Deutsche Republik, sie lebe hoch!".

SPD. Mainz, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

In Mainz begaben sich bald nach dem Abzug der französischen Truppen nationalsozialistische Rowdies nach dem Vorbild ihrer Gesinnungsfreunde im unbesetzten Gebiet sofort an die Arbeit. Sie rempelten ihnen als andersgesinnt bekannte Persönlichkeiten an, belästigten jüdische Einwohner und vergriffen sich an Personen, die angeblich ehemals separatistisch gewesen sein sollen. Einem Mainzer Arzt, der in der Separatistenzeit die Stelle eines Provinzialdirektors der freien Rheinrepublik bekleidet hatte, wurden die Fenster eingeworfen.

In allen Fällen griff die kaum eingerückte Schutzpolizei ein und stellte die nationalsozialistischen Rowdies fest.

SPD. Köln,30. Juni (Eig.Drahtber.)

Am Montag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht die Verhandlung gegen den Lokomotivführer Heinrich Nordhaus aus Hamm in Westfalen und den Reichsbahnobersekretär Ludwig Fischer aus Düren/Rheinland, die im Verdacht stehen,das schwere Unglück des Schnellzuges Paris=Warschau am 25.August 1929 kurz vor dem Bahnhof Buir bei Düren verschuldet zu haben. Das Unglück forderte 15 Tote und zahlreiche Verletzte,darunter der angeklagte Lokomotivführer, der den rechten Arm eingebüsst hat.

Die Anklage beschuldigt den Lokomotivführer,trotz eines schriftlichen Vorsichtbefehls an einer besonderen Stelle langsamer zu fahren,mit 80 bis 90 Kilometer Geschwindigkeit gefahren zu sein und das Signal nicht beachtet zu haben. Der Fahrdienstleiter Fischer soll dem Lokomotivführer einen alten Vorsichtsbefehl übergeben haben. Nach diesem alten Befehl war das Gleis hinter dem Bahnhof Buir langsam zu durchfahren,während der richtige Befehl sich auf das Gleis vor dem Bahnhof Buir bezog.

Der Angeklagte Nordhaus erklärt,dass er in seinem Heimatbahnhof Hamm die Dienstanweisung mit den besonderen Fahrtvorschriften für die Strecke Köln=Aachen gelesen,aber keine Kenntnis von dem Inkraftreten der Vorsichtsbestimmung bekommen habe. Das Hauptsignal vor der Unglücksstelle habe mit dem einen Flügel auf schwarz gezeigt. Als er kurz vor der Unglücksstelle den zweiten Hebel des Hauptsignals,den er vorher nicht bemerken konnte,gesehen habe,sei es zu spät gewesen. Der zweite Angeklagte Fischer, der aushilfsweise als Fahrdienstleiter beschäftigt war,behauptet,dass er dem Lokomotivführer den schriftlichen Vorsichtsbefehl übergeben habe. Der Zugführer Rupprecht erklärt, er habe dem Lokomotivführer den schriftlichen Vorsichtsbefehl nicht übergeben können,weil der Zug schon im Fahren gewesen sei. Dazu bemerkt der Sachverständige Oberregierungsrat Professor Frevert-Berlin,dass die Uebermittlung von Vorsichtsbefehlen bei der Reichsbahn recht unzulänglich gewesen sei. Auf Grund der Erfahrungen in Buir sei hier inzwischen eine Aenderung zum Besseren eingetreten. Der Sachverständige, Professor Hollmann von der Technischen Hochschule in Aachen hat bei einer Untersuchung der Bremseinrichtungen der Lokomotive festgestellt,dass die Drehgestellbremse erhebliche Mängel aufwies. Zwei Reichsbahnoberräte geben zu,dass stellenweise nur ein Flügel des Hauptsignals vom Lokomotivführerstand aus gesehen werden kann. Ein Zeuge sagt aus, dass ihm der Heizer unmittelbar nach dem Unglück gesagt habe,sie hätten auf der Maschine keinen Vorsichtsbefehl bekommen.

Am Dienstag soll ein Lokaltermin an der Unglücksstelle stattfinden.

SPD. Eisleben,30.Juni (Eig.Drahtber.)

Der kommunistische Bettelsack geht um. Wie einige Zahlstellen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter - nicht der Manfelder,sondern anderer Reviere - melden, werden Sammlungen für die Mansfelder Streikenden veranstaltet. Es kann sich dabei nur um kommunistische Sammlungen handeln. Die Gewerkschaften haben damit nichts zu tun und fordern ihre Mitglieder auf,sich an diesen Sammlungen nicht zu beteiligen.

Für die Töpfe der Moskauer IAH sind die Bergarbeitergroschen zu schade. Bettelsuppen sind erfahrungsgemäss die teuersten Suppen; die Köche,die diese Suppen herstellen,arbeiten am allerwenigsten umsonst.

SPD. London, 30. Juni (Eig. Dtahtb.)

Der indische Berichterstatter des "Daily Herald" drahtet aus Bombay: "Staat dass der Bericht der Simon-Kommission der Regierung geholfen hätte die gemässigten indischen Führer um sich zu scharen, hat er sie noch weiter von ihr entfernt. Es ist mit der sofortigen Verhaftung aller Führer des allindischen Kongresses zu rechnen."

SPD. Wiesbaden, 30. Juni (Eig. Drahtb.)

Wiesbaden, die vorletzte von französischen Truppen geräumte rheinische Stadt, hat seit dem Abmarsch der Franzosen reichen Flaggenschmuck angelegt. Schwarz-rot-gold dominiert; ausserdem grüssen von zahlreichen Gebäuden und Privathäusern die preussischen Farben und die der Stadt Wiesbaden.

Wie in Mainz versuchen die Nationalsozialisten auch hier störend in die Befreiungsfeiern einzugreifen. Der Polizeipräsident hat deshalb scharfe Massnahmen gegen alle Ruhestörer angeordnet. In einem Aufruf an die Bevölkerung weist er darauf hin, dass die Nationalsozialisten durch ihr skrupelloses Verhalten die Interessen des Kurbades Wiesbaden empfindlich schädigen und bei den auswärtigen Gästen einen peinlichen Eindruck hervorrufen. Er sei entschlossen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Rowdies vorzugehen.

SPD. London, 30. Juni (Eig. Drahtb)

Alle englischen Zeitungen begrüssen die Räumung des Rheinlandes als eine befriedigende Tatsache von weltgeschichtlicher Bedeutung und, wie der "Daily Telegraph" sagt, als das wahre Ende des Krieges.

"Manchester Guardian" beklagt, dass die letzten ausländischen Truppen erst jetzt das Rheinland verlassen. Dass dies nicht viel früher geschehen sei, etwa als Deutschland in den Völkerbund eingetreten sei, nach Locarno oder nach der Unterzeichnung des Dawes-Planes, beweise den krankhaften Zustand des Nachkriegseuropa. Zwar bedeute die Rheinlandräumung noch keine Gesundheit, aber die Ueberwindung einer gefährlichen Krankheitsperiode..... In den vielleicht entscheidenden Jahren für den Gedanken der Abrüstung und des Friedens sei in Deutschland eine Jugend herangewachsen, die die fremden Truppen auf deutschem Boden stehen sah, und ebenso an jeder Strassenecke der rheinischen Städte den Widerschein des Krieges. Die Bedingungen, unter denen diese deutsche Jugend aufgewachsen sei, seien Gewalt, Hunger und Strassenradau gewesen. Bis zum heutigen Tage habe sich Deutschland nicht davon befreien können. Heute herrsche in Deutschland mehr Gewalttätigkeit als in England in den vergangenen hundert Jahren zusammen und die deutsche Zukunft sei verdunkelt durch die kommenden Ausschreitungen, die noch heftiger zu werden drohten. Der Glaube an eine internationale Ordnung sei in der deutschen Jugend gebrochen, wenn nicht zerstört. Kein Wunder, wenn der durch die Gewaltbeispiele erzeugte Barbarismus eine nationalsozialistische Bewegung hervorgerufen habe, die die 20jährige Jugend anziehe. Unter allen politischen Bewegungen in Deutschland sei die nationalsozialistische die aktiveste, kräftigste und beweglichste, aber zugleich auch die gewalttätigste, die unreifeste und barbarischste. Sie sei beherrscht von einem brutalen Romantismus und von einem Kraftmeiertum, das sich wiederum in dunklen Redeschwülsten, in gefühllosen Beschimpfungen und schliesslich in Morden äussere. Diese Bewegung existiere und wachse, weil die Geduld des deutschen Volkes durch viele Ursachen einer allzu schweren Belastung ausgesetzt gewesen sei. Das schwerste Gewicht sei die Besetzung des Rheinlandes gewesen.

SPD. Buenos Aires, 30. Juni (Eig. Drahtber

In grossen Kundgebungen fordert die Bevölkerung der Hauptstadt Boliviens in Uebereinstimmung mit der Presse aller Richtungen die Aburteilung des deutschen Generals Kundt durch ein Kriegsgericht. Kundt wird für den ausserordentlichen Umfang der blutigen Strassenkämpfe verantwortlich gemacht. Sein Regimen forderte nicht weniger als 250 Tote, darunter zahlreiche Frauen und Kinder. Seine Truppen tobten wie die Wilden, sodass zahlreiche Diplomaten sich zu Vorstellungen gegen das mörderische Regiment veranlasst sahen. Kundt lehnte es jedoch ab, den Vorstellungen zu entsprechen und legte dem blutigen Regiment der unter seiner Führung stehenden Truppen nicht das geringste in den Weg.

Kundt befindet sich zurzeit in der Deutschen Gesandtschaft der bolivischen Hauptstadt und geniesst den Schutz des Militärdirektoriums. Expräsident Siles hat das Land bereits mit unbekanntem Ziel verlassen.

SPD. Mexiko=City, 30. Juni (Eig. Drahtber.

Am Montag kam es in Matamoros im Bundesstaate Caamila zu schweren Zusammenstössen zwischen Kommunisten und der Polizei. 20 Kommunisten und Polizeibeamte wurden getötet, 10 Kommunisten wurden schwer verwundet. Die Zusammenstösse entstanden, als die Polizei sich anschickte, eine verbotene kommunistische Demonstration auf Grund eines erlassenen Demonstrationsverbots zu verhindern.

SPD. Im Ostausschuss des Reichstags wurde am Montag die Beratung des Osthilfegesetzes fortgesetzt. Einen grossen Teil der Debatte füllte der § 9 des Gesetzes aus, der die Betriebssicherung behandelt. Für die Bestimmungen dieses Paragraphen sind von den gesamten Barmitteln aus dem Etat in Höhe von 126 Millionen RM. allein 50 Millionen RM. vorgesehen worden.

Die Sozialdemokratie brachte zu diesem Paragraphen einen Abäbderungsparagraphen ein, nach dem die Mittel auf 27 Millionen Mark begrenzt werden und ausserdem die Verwendungszwecke genaue Festlegung erfahren. Gegen den Antrag kämpften die bürgerlichen Parteien, namentlich die Deutschnationalen und ebenso die Regierung, weil durch ihn eine der wesentlichsten Punkte der Subventionswirtschaft ausgeräumt werden sollte. Den bürgerlichen Parteien trat Abg. Lufft (Soz.) entgegen, der die Forderung aufstellte, dass nicht nur von der Landwirtschaft, sondern von der Gesamtwirtschaft die Hilfsmassnahmen einzusetzen hätten. Für die Grossbetriebe dürften nicht besondere Zuschüsse neben den reichlichen Umschuldungsmitteln geleistet werden.- Der Antrag der Sozialdemokratie wurde schliesslich abgelehnt.

Der Ausschuss erledigte dann den § 10, der eine Nachprüfung und Ueberwachung sanierter Betriebe vorsieht. Verschärfende Anträge wurden abgelehnt, sodass es bei einer nichtssagenden "Kann"=Bestimmung bleibt. Auch der Vollstreckungsschutz für überschuldete Betriebe führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Für die Sozialdemokratie verlangte Abg. Schmidt- Cöpenick die Streichung der Schutzbestimmungen, durch die nur die Kreditfähigkeit des Ostens gemindert werde. Obgleich auch Staatskommissar Rönneburg darauf verwies, dass jede neue Umschuldungsaktion einen natürlichen Vollstreckungsschutz mit sich bringe, wurde an dem Gesetz nichts geändert.

Wirtschaftspartei und Deutschnationale brachten noch uferlose Anträge auf Steuerniederschlagung ein, die sogar der sonst sehr freigiebigen Regierung zu weit gingen und abgelehnt wurden. Zum Schluss nahm der Ausschuss das Gesetz über die deutsche Ablösungsbank an. Am Dienstag werden die letzten Partien des Entwurfs beraten werden.

SPD. Der Reichspostminister hat aus Anlass der Räumung des besetzten Gebietes den beteiligten Beamten, Angestellten und Arbeitern der Deutschen Reichspost Dank und höchste Anerkennung für ihr pflichttreues, opferfreudiges Verhalten in der Besatzungszeit zum Ausdruck bringen lassen.

\+ + +

Die Preussische Staatsregierung hat folgende Worte des Dankes an die Beamtenschaft gerichtet: "Bei der Räumung des besetzten Gebietes von fremder Truppenmacht spricht die Staatsregierung noch einmal allen preussischen Beamten für ihre vorbildliche Haltung, Standhaftigkeit und gewissenhafte Pflichterfüllung während der Besatzungszeit ihren wärmsten Dank und ihre höchste Anerkennung aus. Alle Beamten, die in dieser Zeit, getreu ihrer Pflicht und ihrem Eide, mit ihren Frauen und Kindern härteste Opfer an Freiheit und Gesundheit, an Hab und Gut gebracht haben, mögen den Lohn ihres Ausharrens darin sehen, dass es trotz aller Anstürme gelungen ist, den Rhein zu verteidigen und die Einheit des Reiches, unser grösstes nationales Gut, zu retten. Die Haltung der Beamten während der Besatzungszeit wird allen kommenden Geschlechtern ein Vorbild sein."

SPD. London, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Der Berichterstatter der "Times", offenbar von Briand informiert, meldet das Ergebnis einer Besprechung zwischen dem italienischen Botschafter und der französischen Regierung. Danach seien nunmehr alle Verhandlungstore zwischen Rom und Paris geöffnet. Auf dem üblichen diplomatischen Weg sollen im kommenden Monat zunächst die Kolonialfragen behandelt werden. Beträchtliche Fortschritte zu einem Übereinkommen seien bereits in den tunesischen und tripolitanischen Angelegenheiten erzielt. Nach der Bereinigung der Kolonialfragen würden die in London nicht geregelten maritimen Meinungsverschiedenheiten besprochen werden. Bisher habe das Haupthindernis für die Besprechungen in dem heftigen Ton der Reden Mussolinis und in der scharfen Sprache der italienischen Presse gelegen. In dieser Beziehung habe die französische Regierung befriedigende Erklärungen erhalten und dadurch sei die Gesamtatmosphäre entspannt.

SPD. Paris, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Das französische Sozialversicherungsgesetz wird am Dienstag, den 1.Juli in Kraft treten. Über 6 800 000 Eintragungen sind bis heute im Arbeitsministerium registriert worden. Die Ausgabe der Versicherungsmarke erfolgte bereits am Montag.

Bisher ging die Abwicklung der riesigen administrativen Vorarbeiten, die zur Durchführung des Gesetzes notwendig waren, glatt vonstatten. Die ersten Schwierigkeiten, falls solche überhaupt auftauchen sollten, dürften am kommenden Sonnabend bei der Auszahlung der Wochenlöhne unter dem neuen Versicherungsregime zu erwarten sein.

SPD. Prag, 30.Juni (Eig.Drahtb.)

Das oberste Verwaltungsgericht hat die Beschwerde des ehemaligen tschechoslowakischen Generalstabschefs und jetzigen Faschistenführer Abg. Gajda über seine Degradierung abgewiesen. Das Urteil erlangt damit Rechtskraft.

Gajda wurde vor zwei Jahren vom militärischen Disziplinargericht schuldig gesprochen, sich in den Jahren 1920/21 um eine Anstellung in der Sowjetarmee beworben, an Sowjetrussland zwei militärische Bücher aus der französischen Kriegsschule geliefert und einen Staatsumsturz in der Tschechoslowakei vorbereitet zu haben.

An das deutsche Volk.

SPD. Nach langen Jahren der Drangsal und des Harrens ist heute die Forderung aller Deutschen erfüllt: Die fremden Besatzungstruppen haben das Land am Rhein verlassen. Treue Vaterlandsliebe, geduldige Ausdauer und gemeinsame Opfer haben dem seit dem unglücklichen Ausgang des grossen Krieges von fremden Truppen besetzten Gebiet das höchste Gut eines jeden Volkes, die Freiheit, wiedergewonnen. Der Leidensweg, den die rheinische Bevölkerung aufrechten Haupt tes um Deutschlands willen gegangen ist, ist zu Ende.

Der Tag der Befreiung soll ein Tag der Dankbarkeit sein. Unser erstes Gedenken gebührt heute denen, die im Kampf für die Freiheit Deutschlands geblieben sind, die ihr Leben gaben für das Vaterland. Zu ihnen gehören auch alle, die während der harten Jahre der Besetzung ein Opfer ihrer Vaterlandsliebe wurden. Unvergessen sollen die Leiden der Männer und Frauen bleiben, die in der schweren Prüfungszeit seelisch und körperlich für Deutschland geduldet haben, und stets werden wir der vielen Tausende gedenken, die wegen ihrer Treue zu Vaterland und beschworener Pflicht durch fremde Machtwillkür von Haus und Hof vertrieben wurden. Ihnen allen schulden wir unauslöschlichen Dank! Wir wollen ihn abstatten durch das Versprechen, uns aller gebrachten Opfer durch Dienst an Volk und Vaterland würdig zu erweisen.

Noch harren unsere Brüder im Saargebiet der Rückkehr zum Mutterland. Wir grüssen heute deutsches Land und deutsches Volk an der Saar aus tiefstem Herzen und mit dem Gelöbnis, alles daran zu setzen, dass auch ihre Wiedervereinigung mit uns bald Wirklichkeit wird. Auch ihnen gebührt heute Deutschlands Dank. Wir wissen, dass sie stolz ihr Deutschtum bewahrt haben, und dass sie ihre Rückkehr zum Mutterlande nicht mit Bindungen erkauft wissen wollen, die den deutschen Gesamtinteressen widersprächen.

Ueber dem politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Volkes hängen immer noch schwere Wolken. Aber dennoch ist uns der heutige Tag Anlass freudiger Zuversicht. Ein Volk, das, ganz auf sich allein gestellt, trotz härtester Bedrängnis sich selbst behauptet hat, ein Land, das auf den Gebieten der Wissenschaft, Kunst und Technik auch in bitterer Notzeit Leistungen vollbracht hat, die in der ganzen Welt anerkannt und bewundert werden, hat ein Recht darauf, mit Selbstvertrauen und mit Zuversicht seiner Zukunft entgegenzugehen. Durch Jahre schwerer Leiden, durch Uebernahme drückender Lasten haben wir dem Land am Rhein die Freiheit wiedergewonnen; für unseres Vaterlandes Glück und Zukunft wollen wir sie in treuem Zusammenstehen erhalten.

Das Gelöbnis in dieser feierlichen Stunde sei Einigkeit! Einig wollen wir sein in dem Streben, unser geliebtes Vaterland auf friedlichem Wege nach Jahren der Not einem bessern und hellern Tag entgegenzuführen. Einig wollen wir sein in dem Schwur:

Deutschland, Deutschland über alles!

gez. von Hindenburg
Reichspräsident.

Die Reichsregierung:
gez. Dr. Brüning
Reichskanzler.

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 30. Juni (Eig. Bericht)

Im Reichstag rückte am Montag bei der Weiterberatung des Haushaltes des Reichsarbeitsministers die Novelle zur Krankenversicherung stark in den Vordergrund.

Der Gesetzentwurf bringt einschneidende Abänderungen der bisherigen gesetzlichen Lage. So soll in Zukunft der Erwerb von Grundstücken und die Errichtung und Erweiterung von Gebäuden durch Krankenkassen der Genehmigung des Reichsversicherungsamtes unterliegen, wenn der in Aussicht genommene Kostenbetrag eine gewisse Summe überschreitet. Versicherte Personen mit einem jährlichen Gesamteinkommen von 8 400 Reichsmark sollen auch als freiwillige Mitglieder nicht aufgenommen werden dürfen. Das Krankengeld soll erst vom 4. Werktage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt werden. Die Krankenpflege soll ausreichend und zweckmässig sein, das Mass des Notwendigen jedoch nicht überschreiten. Bei Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln soll der Versicherte einen Betrag von 50 Pfennig entrichten, bei Entnahme eines Krankenscheines im allgemeinen 1 Mark; diese letztere Gebühr kann jedoch bei geringerem Verdienst auf die Hälfte ermässigt, bei einem Grundlohn von mehr als 7 Mark auf 1,50 Mark erhöht werden. Kranken- und Hausgeld soll nicht gewährt werden, wenn der Versicherte während der Krankheit seine Entlohnung weiter bezieht. Für Versicherte mit Familienangehörigen sollen Zuschläge erhoben werden können. Für solche Versicherte kann allerdings auch das Hausgeld erhöht werden. Der Anspruch auf Krankenpflege für Ehegatten und Kinder setzt voraus, dass der Versicherte mindestens 3 Monate einer Krankenkasse angehört hat. Die Krankenpflege kann auf 13 bis 26 Wochen festgesetzt werden. Sobald der Krankenkassenbeitrag auf 7½ v.H. des Grundlohnes oder darüber festgesetzt werden soll, muss das Reichsversicherungsamt seine Zustimmung erteilen. Der Reichsrat schlägt bei verschiedenen Paragraphen andere Bestimmungen vor.

Die Begründung des Gesetzentwurfes gab der Reichsarbeitsminister Stegerwald. Er sprach zwar recht energisch, aber man merkte ihm doch an, dass es ihm als christlichen Gewerkschaftler nicht leicht fiel, die Vorlage zu vertreten. Er lehnte einen allgemeinen Ersatz der Sozialversicherung durch Sparzwang ab, dagegen meinte er, die Sozialversicherung dürfe nicht die Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber den Kindern und der Kinder gegenüber den Eltern ganz aufheben. Ferner dürfe sie den Willen zur Selbsthilfe nicht zerstören. Er kündigte weitere Vorlagen an, die auf eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Sozialversicherung hinausliefen. Jetzt zahle der Erwerbstätige rund 15 v.H. seines Lohnes für Sozialpolitik. Das hindere auch die Kampfkraft der Arbeiter. Stegerwald sagte weiter, man dürfe den Solidaritätsbegriff nicht übersteigern. Jetzt müssten die gesunden Arbeiter zu viel für die Kranken aufbringen. Ueber 35 Millionen Menschen in Deutschland würden von den Krankenkassen einschliesslich der Familienversicherung erfasst. Das sei im Grunde zu viel. Für das nächste Jahr sei mit einer Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge zu rechnen. Bis dahin müsse eine Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und der Krankenkassenbeiträge erreicht werden. Zur Wohnungsfrage verlangte Stegerwald, dass bei der Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken vor allem die Kinderreichen berücksichtigt würden. Es müsse möglich gemacht werden, Wohnungen in der Preislage von 27 bis 40 Mark im Monat herzustellen. Jetzt käme man mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau vielfach an die ärmeren Schichten gar nicht heran.

Der volkskonservative Abgeordnete Huelser sprach dem Minister Dank aus. Er redete dann scharf gegen die Kapitalflucht, die er als moralischen Landesverrat bezeichnete, freilich ohne zu sagen, wie er von seiner Partei aus sich die Bekämpfung der Kapitalflucht vorstellt. Einen lebendigen Ton brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Litke in die Debatte. Er setzte dem Reichsarbeitsminister temperamentvoll zu, sodass Stegerwald wiederholt aufsprang, um sich gegen diese sozialdemokratische Angriffsrede zu wehren. Litke wies dem

Reichsarbeitsminister nach, dass Teile der jetzigen Vorlage aus den Vorschlägen der Arbeitgebervereinigungen entnommen seien. Die Beiträge zur Sozialversicherung seien ja schliesslich nur einbehaltener Lohn und von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht. Ein Vergleich zwischen dem Ausbau der Krankenkassen seit 1914 sei abwegig, da inzwischen über 5 Millionen Menschen neu von der Versicherung erfasst worden seien. Auch dürfe man nicht vergessen, dass man bei der Zahnpflege z.B. in den letzten Jahren darauf eingerichtet sei, die Zähne zu erhalten, statt dass sie, wie früher einfach ausgezogen wurden. Die frühere Behandlung sei gewiss billiger gewesen, aber die jetzige sei besser. Man solle nicht immer von der Drückebergerei bei den Versicherten reden, sondern solle zugeben, dass auch hier eine Frage der ärztlichen Zuverlässigkeit vorliege. Das gleiche gelte bei der Verordnung von Arzeneien. Litke bekämpfte insbesondere die besondere Gebühr für Arzneimittel und für Krankenscheine heftig. Es könne vorkommen, dass Leute mit ansteckenden Krankheiten diese Beträge nicht aufbringen könnten oder vielleicht auch nicht aufbringen wollten und dadurch könne schweres Verhängnis entstehen. Er kündigte dem Reichsarbeitsminister an, dass die Sozialdemokratie seine Vorlage ablehnen werde.

Aus der weiteren Aussprache ist die Rede des früheren Reichsarbeitsministers Brauns zu erwähnen. Er versuchte die Kritik an Arbeitern, Aerzten und Unternehmern gleichmässig zu verteilen. Gewiss gebe es jetzt mehr asoziale Elemente wie früher, aber auch Aerzte und Krankenhäuser unterstützten manchmal Simultanten. Die Unternehmer hätten kein Recht, sich über zu hohe Beiträge etwa zur Arbeitslosenversicherung zu beschweren. Schliesslich ermögliche die Arbeitslosenversicherung auch den Unternehmern leichter einen Betriebsabbau und Massenkündigungen, Man müsse erwägen, ob nicht bei besserer Wirtschaftslage eine Rücklage der Unternehmer für sozialpolitische Zwecke in Krisenzeiten notwendig sei. Von einer Senkung der Lohnkaufkraft will Brauns nichts wissen, da dies eine Verewigung der Krise bedeute. Einer Senkung der Löhne müsse eine Senkung der Preise vorausgehen. Mehrere andere Redner sprachen kritisch über das Schlichtungswesen. Der Kommunist Schröter-Merseburg verdammte die ganze Einrichtung. Das Schlichtungswesen werde immer mehr eine Geissel der Arbeiterschaft und ein Werkzeug des Lohnabbaus. Dagegen verlangte der Sozialdemokrat Metz, dass das Schlichtungswesen dem fortgeschrittenen Stand der Wirtschaft, der Lohnhöhe und der Arbeitszeit sich anpassen müsse. Schiedssprüche mit einer Arbeitszeit von 28 Stunden dürften nicht als verbindlich erklärt werden. Er attackierte den Minister wegen der Verbindlichkeitserklärung des Oeynhausener Schiedspruches, der eine ganz rohe Methode darstelle, um durch einen Preisabbau auf Wirtschaftsbelebung zu spekulieren. Metz hielt dem Minister vor, dass in derselben Zeit, wo er die Löhne senken wolle, eine Steigerung der Preise für Brot und Milch eintrete, eine Erhöhung der Mieten und der Strassenbahntarife. Die Eisenpreise hätten angesichts der starken Verbilligung der Rohstoffe auch ohne Lohnherabsetzung gesenkt werden können. Die Kleineisenindustrie, die kleinen Klempner, Schlosser usw. müssten übrigens für Mengen unter 500 Kilo 50 Pfennige mehr bezahlen als vor der Preissenkung. Der kleine Mittelstand trage also wieder einmal die Lasten

Gegen 7½ Uhr wurde die Weiterberatung des Reichshaushalts vertagt. Der Reichstagspräsident und mit ihm die zahlreich versammelten Abgeordneten erhoben sich, um einer kurzen schmucklosen, aber sehr würdigen und herzlichen Feier der Rheinlandbefreiung zu gedenken. Löbe sprach mit gewohnter Meisterschaft. Er verband die Freude und den Stolz über den Abmarsch der fremden Truppen mit Worten des Dankes an die rheinische Bevölkerung, auch an die vielen, die den Tag der Freiheit nicht mehr erlebt haben. Mit Wehmut lege die Volksvertretung einen Kranz auf dem Grabe Stresemanns nieder. Die Abgeordneten von rechts bis links begleitete Löbes Rede mit warmem Beifall. Nationalsozialisten und Kommunisten nahmen an der Feier nicht teil. Nach Löbes Rede betrat der Vizepräsident Esser als rheinischer Abgeordneter die Tribüne, um dem Reichstagspräsident zu danken. Er begründete mit wenigen Worten einen von fast allen Parteien unterschriebenen Antrag, der gesetzliche Sicherung der Westhilfe bringen soll. Der Antrag wurde als erster Beratungsgegenstand auf die Tagung der Dienstag-Sitzung gebracht.

Aus aller Welt

General Kundt, der ewige Weltkrieger.

Die bolivianische Regierung und ihr wilhelminischer böser Geist – Ludendorff in der Westentasche – Altpreussischer Stechschritt in Bolivien – Totengräber der Auslandssympathien.

SPD. In Bolivien hat die Revolution gesiegt. Das Kabinett Siles, dem seine Gegner diktatorische und terroristische Absichten unterlegten, und das bei der gesamten Bevölkerung höchst unbeliebt war, ist nach erbitterten Strassenkämpfen gestürzt worden. Besondere Empörung herrscht unter der Bevölkerung darüber, dass Siles und seine Leute das Land angeblich gegen hohe Schmiergelder an die Vereinigten Staaten verkauft haben. Interessant wird der bolivianische Aufstand für uns durch die Person des Generalstabschefs der Regierungstruppen, des Generals Kundt.

+

Kundt isr, wie schon der Name andeutet, ein früherer wilhelminischer Offizier, der aus Abenteuerlust in die Dienste des Auslandes getreten ist. Was das neue republikanische Regime im Ausland an moralischem Neuland erobert, wird mehr oder weniger systematisch von den royalistischen Offizieren, die den deutschen Namen auf ihre Weise ins Ausland tragen, wieder zerstört. In China war es Herr Bauer, der es glücklich so weit gebracht hat, dass in diesem unglücklichen von ständigem Bürgerkrieg zerrissenen Land die ehemals ausgesprochen deutschfreundliche Bevölkerung den Namen unseres Landes nicht aussprechen kann, ohne dabei sehr wenig freundliche Gedanken zu empfinden. Bei jeder Revolte, die in einem südamerikanischen Staat angezettelt wird, haben meist abgetakelte wilhelminische Offiziere, die ohne Blei und Eisen nicht leben können, ihre Hände im Spiel. Und in Bolivien bringt ein wilhelminischer General durch seine alterprobte preussische Schroffheit und Feudalität ein ganzes Land zum Kochen und eine Regierung zum Sturz.

+

Herr Kundt, gestürzter bolivianischer Generalstabschef, war im Jahre 1890 preussischer Offizier und wurde dann in den Generalstab versetzt. Seine strategische Begabung soll nicht alltäglich gewesen sein. Im Generalstab wurde er mit wichtigen Aufgaben betraut und avancierte sehr schnell. Im Jahre 1910 bekam er als Generalmajor einen sehr verlockenden Auftrag aus Bolivien, die Armee zu reorganisieren. Herr Kundt nahm den Auftrag an, nachdem ihm S.M. huldvollst einen diesbezüglichen Urlaub gewährt hatte. Kurz vor Kriegsausbruch kam Kundt nach Deutschland zurück, wurde Regimentskommandeur und schliesslich Befehlshaber einer Division. Er wird als sehr schneidiger, aber ungemein rücksichtsloser Offizier geschildert, der nicht davor zurückgeschreckt sei, seine Leute, wenn es das Halten der Stellung erforderte, bis zum letzten Mann zu opfern. Als die Revolution ausbrach und der schneidige Draufgänger seine Chancen in Deutschland als nicht sehr rosig ansah, quittierte er kurzerhand den Dienst und ging nach Bolivien, wo er eine Truppe aufstellte, die an Schliff und Kadavergehorsam die weltberühmte preussische "Bimserei" der Vorkriegszeit weit in den Schatten gestellt haben soll. Dies, und vor allem auch seine volksfeindliche und konservative Einstellung, die sich jeder Reform, auch der geringfügigsten, widersetzte, machte ihn bei den Bolivianern zum bestgehassten Mann des Landes.

+ + +

Das Genie in der Mietskaserne.

Erwin Dressel, der Schlossersohn als Komponist – Der Aufstieg des Berliner Proletarierkindes – Fünf Opern eines Zwanzigjährigen.

SPD. Vor einigen Tagen wurde in Leipzig unter Leitung des Generalmusikdirektors Gustav Brecher die musikalische Legende "Rosenbusch der Maria" von Erwin Dressdel, Text von Arthur Zweiniger, mit aussergewöhnlichem Erfolg uraufgeführt.

Eine Mietskaserne im südöstlichen Arbeiterviertel Berlins, Hinterhaus, drei Stockwerke; zwei Stuben, eine armselige Küche; zwei eiserne Bettgestelle, ein einziger Stuhl....Hier wächst Erwin Dressel auf, er ist der Sohn eines Schlossers. Elend, Kampf um das bisschen Leben, Trübsal und Entbehrung – was sollte dem Jungen anders bestimmt sein, als das, was hier stets schon zur schmerzlichen Gewissheit wird? Drei Frauen erziehen das Kind: die alte Grossmutter, die kränkliche Mutter, die als einzige Verdienerin in einer Seifenfabrik arbeitet und die erblindete Tante; schon in der frühesten Kindheit des Jungen haben sich die Eltern getrennt. Mit vier Jahren wird Erwin überrascht, als er auf einen Papierfetzen Noten kritzelt. Kindliche Spielerei? Er beginnt, auf dem uralten Klavier herum zu klimpern. Noch beachtet man das nicht. Bis die Blinde dem Jungen die ersten Grundlagen beibringt. Mit sechs Jahren komponiert und spielt er eine regelrechte Variation über Haydns "Symphonie mit dem Paukenschlag". Man verschafft dem Kind eine Freistelle im Konservatorium. Noch rücksichtsloser schränken sich die drei Frauen ein, hungern für den genialen Knaben, um das Geld für die Klaviermiete und die Noten aufzubringen; er ist ihre ganze Hoffnung. Mit neun Jahren schreibt Erwin Dressel Kammermusik, mit zehn Jahren seine erste Symphonie, mit 14 Jahren eine neue Bühnenmusik zu Shakespeares "Viel Lärm um Nichts", die vom Berliner Staatlichen Schauspielhaus erworben und Sylvester 1923 zur Aufführung gebracht wird! Der erste grosse Erfolg spornt den Vierzehnjährigen zu intensivster Arbeit an. Auf der Musikhochschule findet er verständnisvolle Freunde. Als Sechszehnjähriger lernt er den Bildhauer Arthur Zweiniger kennen. Dieser, fasziniert von der Persönlichkeit des jungen Musikers, sattelt zum Librettisten um, schreibt ihm Textbücher. Merkwürdig ist die innere Fühlungnahme zwischen Dressel und dem 30 Jahre älteren Zweiniger. Fünf Opern werden im Laufe von vier Jahren fertig gestellt, die Theater nehmen sie zur Uraufführung an: die Volksoper "Kuchentanz", die romantische Oper "Simplicius", ein Kindermärchen und die Legende "Rosenbusch der Maria"; Dressels bedeutendstes Werk "Armer Columbus" wird nach vielen erfolgreichen Aufführungen im Reich und Ausland Ende dieses Jahres an der Städtischen Oper in Charlottenburg herauskommen. Der Komponist, der niemals zu den überzüchteten "Wunderkindern" zählen wollte, ist ein sehr bescheidener junger Mann von nunmehr 20 Jahren, noch ein wenig verlegen und unbeholfen in der "grossen Welt", wo er manchmal repräsentieren muss; nur seine hohe Stirn über dem gutmütigen rundlichen Kindergesicht und den freundlichen bebrillten Augen verrät Bedeutung und Persönlichkeit.

\+ + +

D=Zug? T=Zug! Während einer einzigen Fahrt hat der D=Zug Wien=Budapest, der so zum T=Zug, zum Todeszug, wurde, zwischen den Orten Raab und Budapest an drei verschiedenen Stellen drei Personen totgefahren und eine vierte lebensgefährlich verletzt.

\+ + +

Tragödie des verlassenen Liebhabers. Vor dem Schwurgericht des Landgerich Berlin II wurde der Elektromonteur Arthur Benaschek, der versucht hat, seine 17=jährige Braut mit einem Rasiermesser zu töten, zu sechs Monaten Gefängnis ver=urteilt. Die Hälfte der Geschworenen waren Frauen. Die Anklage lautete auf versuchten Totschlag, während der Angeklagte selbst jede Tötungsabsicht bestrit ohne freilich das Gericht restlos überzeugen zu können. In jedem Falle offen=barte sich die Liebestragödie eines seelisch schwachen jungen Mannes, die tie=fere Empfindungen als die des blossen Interesses zu wekken vermag. Das 17jähri junge Mädchen, dem der Angeklagte jenen gefährlichen Rasiermesserschnitt bei=gebracht hatte, trat in der Berliner Verhandlung als Hauptzeuge auf; ein bildhü sches, freilich etwas leichtfertiges Geschöpf, dem die Liebe, die der junge 24=jährige Monteur zu ihm gefasst hatte, längst nicht eine so tiefe und grosse Angelegenheit war, wie diesem. Der junge Mann liebte das Mädchen auch dann noch leidenschaftlich, als die Freundin ihr Interesse und wohl auch bedeutend mehr als dieses Interesse längst wieder anderen Männern geschenkt hatte. Es kam zu Eifersuchtsszenen, zu Versöhnungen. Eines Tages überraschte der feurige Lieb=haber die Freundin wieder mit einem anderen Mann. "Ich kann ohne Dich nicht leben", rief er mit Tränen in den Augen, "sei doch wieder gut zu mir, komm mit!" Das Mädchen sagte "Nein" - dann war es geschehen: der enttäuschte Freier hatte ihr mit dem Rasiermesser einen Schnitt in den Hals versetzt. Blut rie=selte zu Boden. Der Arzt stellte fest, dass die Sache noch einmal gut abgegan=gen war: einen halben Zentimeter tiefer wäre die Kehle durchschnitten gewesen! Unterdessen hatte der Angeklagte versucht, sich in seiner Wohnung das Leben zu nehmen. Er öffnete sich die Pulsadern, wurde aber gerettet; wochenlanf lag er krank zu Bett. Tötungsabsicht? Sinnlose Wut? Der Gerichtshof, selbst der Staats=anwalt, hatte Mitleid mit dem Monteur Benscheck, von dem man den besten Eindruc gewann. Seine Liebe war zu gross, das Mädchen aber zu leicht, zu ungeschickt, vielleicht auch etwas zu herzlos - so musste es zur Explosion kommen. Das Ge=richt erkannte, dass es nur neben einem solchen Schicksal steht nicht über ihm, So kam es zu einem Urteil.

\+ + +

Unglück im Unglück. Ein tragischer Unfall ereignete sich bei Thorn. Ein Lastauto überfuhr einen unbekannten etwa 35jährigen Mann: er blieb mit ge=brochenen Beinen auf der Strasse liegen. Ein anderes Auto nahm den Verunglück=ten mit, um ihn ins Krankenhaus zu bringen. Dieser zweite Wagen fuhr jedoch unterwegs in einer Kurve gegen eine Mauer und zerschellte. Der Chauffeur blieb unverletzt, während der in dem Wagen befindliche ueberfahrene Mann nur als Lei=che geborgen werden konnte.

\+ + +

"Gläubige" Diebe. In Strzemieszyoe im Dombrowaer Kohlenrevier (Polen) bemerkte der Kirchendiener beim Betreten der Kirche, dass an einer ganzen Rei=he von Heiligenbildern Kränze hingen, die offenbar von Gräbern des benachbar=ten Kirchhofs stammten. Die Kirche war aber nicht nur auf diese eigenartige Weise bereichert, sondern auch bestohlen worden: es fehlten verschiedene für den Kultgebrauch bestimmte Wertgegenstände. Die Diebe hatten ein Schreiben hinterlassen, in dem sie erklärten, dass sie die Bilder bekränzt hätten, um den Zorn der Heiligen von sich abzulenken. Die Sache hat aber nichts geholfen, denn die ach so "frommen" Diebe sind inzwischen doch verhaftet worden.

\+ + +

Ewige Flieger. Die beiden Chikagoer Brüder Hunter sind seit neunzehn Ta=gen, also etwa 450 Stunden, in der Luft und haben damit den bisherigen Daüer=flugweltrekord der Flieger Jackson und O'Brien von 420 Stunden 21 Minuten ge=brochen. Die beiden Piloten haben die Absicht, solange in der Luft zu blei=ben, bis technische Gründe sie zur Landung zwingen - mindestens jedoch 500 Stunden. Die Flieger funken, dass sie sich zwar stark ermüdet, sonst aber wohl=auf fühlen. Ihre Leistung ist umso höher zu veranschlagen, als sie bei Zugrun=

delegung einer Stundengeschwindigkeit von 150 Kilometern bis jetzt einein=halb Mal um den Äquator geflogen sind. Dieser Rekord stellt eine richtige Familienangelegenheit dar: zwei Brüder fliegen Rekord, zwei andere Brüder sitzen in dem Tankflugzeug und der gemeinsamen Schwester obliegt die prompte Versorgung mit Proviant. Übrigens wurde bis jetzt nicht nur Proviant und Ben=zin auf dem üblichen Luftwege in die Rekordmaschine geleitet, sondern auch - eine schmerzstillende Medizin, da der eine der Brüder, offenbar schon benagt vom Zahn der Rekordzeit, Zahnschmerzen bekommen hatte....

+ + +

Die Schuldigen von Lübeck. Die erst nach langem Drängen der Öffentlich=keit eingeleitete gerichtliche Voruntersuchung gegen die für die Lübecker Calmette-Katastrophe verantwortlichen Ärzte ist, wie jetzt bekannt wird, ins=besondere auf die Feststellung zurückzuführen, dass nach Bekanntwerden des ersten Todesfalles nur im Krankenhaus die Fütterungen mit dem Calmette-Mittel eingestellt worden sind. Ausserhalb des Krankenhauses wurde weiter gefüttert.

Neuerdings ist unter schweren Rückfallserscheinungen eines der 74 Kinder, das bisher in der Statistik unter den "Gebesserten" zählte, wieder erkrankt, d.h., dass nun auch die Eltern der 74 "Gebesserten" in ihrer Hoffnung wieder wankend geworden sind. Besonders beklagt wird der tragische Fall eines Eltern=paares, das erst nach 17jähriger Ehe ein Kind bekam und es nun durch den Cal=mette-Mord verloren hat.

+ + +

Explosion in der Kirche. In Oberteisendorf bei Traunstein (Bayern) kam es zu einer schweren Explosion in der Kirche, die zu einem grossen Teil zerstört wurde. Später wurde an der Katastrophenstelle eine mit Explosivstoffen gefüllt Flasche vorgefunden. Es liegt ein Attentat vor. Man glaubt den Tätern auf der Spur zu sein.

+ + +

Zuchthausausbruch nach 54 Jahren. Ein zum Tode verurteilter, aber zu le=benslänglichem Zuchthaus begnadigter Mörder ist aus dem Gefängnis von Bridge=water (Massachusetts-U.S.A.), in dem er bereits 54 Jahre in Gefangenschaft gesessen hatte, ausgebrochen. Der alte Mann wurde indessen bald wieder gefasst und wird nun besonders streng bewacht.

+ + +

Die Verhaftung der Nachtklubkönigin. Mrs. Catherine Meyrick, die berühm=te Königin der Londoner Nachtklubs, ist bei einer Razzia durch 43 Nachtklubs verhaftet worden. Der Zwischenfall wird von den englischen Blättern besonders gross "aufgemacht" im Hinblick auf die guten "Beziehungen", über die Mrs. Meyrick verfügt: ihre Töchter sind mit englischen Lords verheiratet.

+ + +

Entlassung Nelly Grassnigs. Die bekannte Berliner Ladendiebin Nelly Grass=nig, die in der vorigen Woche in Lübeck verhaftet wurde, ist auf Grund des § 51 wieder freigelassen worden. Der Cafetier Erban aus Berlin, mit dem sie "zusammenarbeitete", ist noch immer flüchtig.

+ + +

Ausgerückt. Unter der Hinterlassung von weit über 100 000 Mark Schulden ist der 42 Jahre alte Berliner Schuhfabrikant Bielschowsky spurlos verschwun=den. Die geschädigten Materiallieferanten des Fabrikanten haben Anzeige er=stattet. Die Arbeiter Bielschowskys haben in der letzten Woche keinen Lohn mehr erhalten. Geschäftsbücher sind seit zwei Monaten überhaupt nicht mehr geführt worden. Vor seiner Abreise hat Bielschowsky den kostbaren Inhalt sei=ner Wohnung verkauft.

Gewerkschaftliche Rundschau

Deutsche Arbeiter in Frankreich.

Arbeitsvermittlung nach Luxemburg und Lothringen.

SPD. Man sollte meinen, jedermann in Deutschland würde es angesichts der grossen Arbeitslosigkeit begrüssen, dass die Vermittlung deutscher Arbeiter nach Frankreich von den westlichen Grenzgebieten aus in der jüngsten Zeit einige Fortschritte gemacht hat; denn nichts kann die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich versöhnlicher gestalten als ein gegenseitiges Zusammenarbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit, unter der Deutschland - auch infolge des verlorenen Krieges - besonders schwer zu leiden hat. Allein den berufsmässigen Völkerverhetzern passt gegenwärtige Hilfe nicht in ihren Kram. So bringen es die Nationalsozialisten fertig, von einem Geheimabkommen zwischen Frankreich und Deutschland zu phantasieren, wonach deutsche Arbeiter zu Hungerlöhnen auf französichem Gebiet beschäftigt werden. Die Arbeitsvermittlung nach Luxemburg und Lothringen soll den Hitler-Helden ihre Legende vom Sklavenexport stützen. Vor allem wollen sie der Arbeitslosenversicherung, den Gewerkschaften und nicht zuletzt den in den Grenzarbeitsämtern tätigen Sozialdemokraten eins auswischen.

Wie steht es mit der Arbeitsvermittlung nach Luxemburg und Lothringen in Wirklichkeit? Massgebend für die Vermittlung ist der Arbeitsamtbezirk Trier. Das an der Grenze liegende Hochwaldgebiet ist fast nur von armen Leuten bewohnt, die ein bisschen Ackerland, oft von weniger als 10 Morgen, haben und daher gezwungen sind, auswärts zu arbeiten. Seit langem bestand ein regelrechter Grenzgängerverkehr zwischen dem Trier Gebiet und den angrenzenden luxemburgischen und lothringischen Industriebezirken. Der Krieg hat diesen Verkehr unterbrochen. An die Stelle der deutschen Arbeitskräfte traten Tschechen und Polen. Erst allmählich wurde das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet wieder für deutsche Arveiter aufnahmebereit, nicht zuletzt durch direkte Fühlungnahme der Leitung des Trierer Arbeitsamts mit den lothringischen Gruben und dem luxemburgischen Arbeitsamt sowie mit den Reparationsfirmen. Zur Zeit sind in Luxemburg und Lothringen 900 deutsche Arbeiter vom Arbeitsamt untergebracht, dazu kommen die Arbeitskräfte, die ohne Vermittlung des Arbeitsamtes drüben Arbeit gefunden haben; deren Zahl ist noch höher. Aus dem Restkreis Wadern sind z.B. 900 Arbeiter in Lothringen beschäftigt; 980 Arbeiter sind neu angefordert; deren Vermittlung kann jedoch erst erfolgen, wenn die Verträge von Paris genehmigt sind. Dauernd werden direkt über die Grenze Maurer gesucht. So hat z.B. eine Baufirma, die eine Zechenkolonie baut, das Arbeitsamt Trier gebeten, ihr 300 Maurer zu vermitteln. In den letzten Tagen war es dem Arbeitsamt möglich, mit einer lothringischen Grube in Kreuzwald (nahe der deutschen Grenze) wegen Aufnahme von Bergarbeitern zu verhandeln, sodass dort 250 Bergarbeiter unterkommen können.

Der Trier Bezirk hat alle Veranlassung, die Arbeitsvermittlung nach drüben zu fördern. Seine Arbeitsmarktlage ist ausserordentlich schlecht. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt zur Zeit rund 5 400 gegen 3 600 im gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres. Mit der Bautätigkeit sieht es ausserordentlich scheu aus. Durch die Bergarbeiterentlassungen im Saargebiet wird die Grenznot nicht verbessert. Auf den Bezirk des Arbeitsamts Trier entfallen von den am 1. Juni entlassenen rund 2 000 Bergleuten minde-

stens 500. Kein Wunder, wenn von Trier aus, das eigene Arbeitsmöglichkeiten kaum besitzt, alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um für die brachliegenden Arbeitskräfte jenseits der Grenze Verdienst und Brot zu schaffen.

Wie steht es mit den Löhnen drüben? Die niedrigsten Löhne, die in dem in Frage kommenden Gebiet bezahlt werden, sind die der Eisenbahnoberbauarbeiter in Lothringen, die einen Stundenlohn von 3,56 Franc gleich 0,56 Mark beziehen. Dazu kommt die sogenannte Saargängerunterstützung, deren Höhe sich nach der Entfernung von der Heimat richtet; sie beträgt für verheiratete höchstens 44 und für unverheirarete höchstens 34 Mark monatlich. Alles zusammen ergibt das einen Stundenlohn von 0,73 bezw. 0,70 Mark. Die Löhne der Maurer und Bergarbeiter sind höher. So verdient ein Maurer mindestens 4,40 Francs pro Stunde, der Kohlenhauer mindestens durchschnittlich 42,50 Francs pro Tag. Auch diesen Arbeitern wird die Saargängerunterstützung gezahlt. Und berüben im Bezirk Trier? Tiefbauarbeiter erhalten Tariflohn – allerdings nur im Bezirk der Stadt Trier – da im übrigen Teil ein Tarifvertrag nicht besteht – 0,87 Mark. Die Löhne der Tiefbauarbeiter auf dem Lande betragen 0,50 bis 0,60 Mark. Eisenbahnoberbau=Arbeiter erhalten 0,70 Mark Stundenlohn, die Weinbergsarbeiter 0,44, die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie 0,58, die Arbeiter in den Kalk= und Dolomitwerken 0,58 und die der Schleifsteinindustrie des Eifelgebietes 0,60 M. Die Verpflegung und Unterkunft beträgt in Lothringen in Privatquartieren 14 bis 16 Francs, in den Ledigenheimen und in den Unterkünften mit Kantinenverpflegung 12 bis 14 Francs. Oberster Grundsatz der Arbeitsvermittlung ist, dass der deutsche Arbeiter drüben mindestens den gleichen Lohn erhält wie der lothringische oder luxemburgische Arbeitskollege. Der deutsche Arbeiter soll nicht Sklave der französischen Unternehmer sein.

Und die "Zwangsmassnahmen", die das Arbeitsamt bei der Arbeitsvermittlung nach Lothringen und Luxemburg anwendet? Nur in den Fällen, wo aus nichtigen Gründen die Aufnahme von Arbeit in den traditionsgemäss vom Trier=Bezirk aus beschickten lothringischen und luxemburgischen Bergbau=und Industriegebiet abgelehnt worden ist, wurde von der Sperrfrist des § 96 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Gebrauch gemacht. Selbstverständlich erwerben die drüben beschäftigten Arbeiter neue Unterstützungsanwartschaften. Von einer Versklavung deutscher Arbeiter kann also nicht die Rede sein.

SPD. Der Verbandstag der Schuhmacher in Magdeburg nahm in seiner am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Schlussitzung eine bedeutsame Statutenänderung vor, wonach auch die Erwerbslosen =und Invalidenmarken als Mitgliederbeiträge für die Wahlen zum Verbandstag gelten. Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft.– Vorstand und Redakteur, die unbesoldeten Vorstandsmitglieder und der Ausschussvorsitzende wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Verbandsvorsitzende Simon gab dem Wunsche Ausdruck, dass man mehr Frauen zum Verbandstag delegieren möge. Diesmal sei eine einzige Frau die Vertreterin von Zehntausenden weiblicher Mitglieder gewesen. In seinem Schlusswort hob Simon mit besonderem Nachdruck die Sachlichkeit der Verhandlungen des Verbandstags hervor. Von Tagung zu Tagung sei man sich einander näher gekommen. Auch die Kritik der ideologisch Anderseingestellten habe gezeigt, dass auch sie das ehrliche Streben der Mehrheit der Mitglieder zum Wohl des Verbandes immer besser würdigen.

Der Ausklang des Verbandstags war ein packender Beweis für die Einmütigkeit und Stärke des freigewerkschaftlichen Schuhmacherverbandes.

SPD. Der Zentralverband der Schornsteinfegergesellen Deutschlands hielt in den letzten Tagen der vergangenen Woche im Münchner Gewerkschaftshaus seine 12. Generalversammlung ab. Zahlreiche Delegierte aus ganz Deutschland hatten sich eingefunden. Von den auswärtigen Kollegen überbrachten Nielsen-Dänemark, Loundquist-Schweden, Zahn-Österreich und Jegen-Schweiz die Grüsse und Glückwünsche ihrer Organisationen.

Der Verband hat, wie man dem Geschäftsbericht entnehmen konnte, mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihm steht eine geradezu mittelalterlich anmutende Unternehmerorganisation in den Innungsverbänden gegenüber. Besonders deutlich trat das in dem Vortrag von Vogt-Berlin über den "Gesellenausschuss und seine Aufgaben" hervor. Heute ist dieser Ausschuss immer noch zur Einflusslosigkeit verurteilt. Trotz der Schwierigkeiten konnte der Verband im verflossenen Jahr ansehnliche Erfolge buchen. Von den 22 Lohnkämpfen, die er im Angriff führte, brachten 19 positive Resultate. Die Organisation zählt zur Zeit 64 Ortsgruppen mit rund 3 000 Mitgliedern.

Der erste Vorsitzende Fahland, der zweite Vorsitzende Vogt und der Kassierer Beiersdorf wurden einstimmig wieder gewählt. Bei den übrigen Vorstandsmitgliedern ergaben sich kleine Aenderungen. Die nächste Generalversammlung wird in Verbindung mit der Feier des 25jährigen Bestehens des Verbandes 1932 in Berlin abgehalten.

SPD. Die Werftarbeiter haben in einer am Sonntag im Bremer Volkshaus stattgefundenen Konferenz nach den Darlegungen Kempkens, des Vorsitzenden der Zentralwerftkommission, über den Verlauf der Tariflohnbewegung auf den Seeschiffwerften sich mit den Forderungen und den Vorgehen der Zentralwerft - wie der Verhandlungskommission einverstanden erklärt. Mit aller Deutlichkeit haben sie zum Ausdruck gebracht, dass sie die von den Unternehmern beabsichtigten Lohnkürzungen und Verschlechterungen der bisherigen Tarifbestimmungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern werden. Die Bewegung werde nur nach streng gewerkschaftlichen Grundsätzen und nur nach den Anweisungen der Gewerkschaftsvorstände durchgeführt.

SPD. Der Vollzugsausschuss der Transportarbeiter-Internationale beschloss die Aufnahme des Verbandes tschechisch sprechender Transportarbeiter in der Tschechoslowakei sowie die Aufnahme des schwedischen Stewardverbandes und des Chauffeurbundes in San Salvdador (Mittelamerika).

In London ist, wie aus den Beratungen des Vollzugsausschusses hervorging, unter der Führung der Transportarbeiter-Internationale ein Ortsverein des indischen Seeleutebundes ins Leben gerufen worden. Er soll die Interessen der nach Europa kommenden indischen Seeleute wahrnehmen.

SPD. Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband beschloss auf seinem Rotterdamer Verbandstag die Schaffung einer Pensionskasse. Sie soll allen Metallarbeitern, die das 65. Lebensjahr erreicht haben und dem Verband 25 Jahre angehören, eine Altersrente von 3 Gulden pro Woche sichern.

Wirtschaft Technik Handel

Warum 40 statt 20 Milliarden?

(Von Wilhelm Keil, M.d.R.)

SPD. Während Beratung des 1925 vom Reichstag verabschiedeten Anleiheablösungsgesetzes ist die Summe des Anleihealtbesitzes, für den den Gläubigern Ablösungsanleihe mit Auslösungsrechten zuzuteilen war, auf 20 Milliarden Papiermark geschätzt worden. Das auf Grund dieses Gesetzes durchgeführte Umtauschverfahren hat aber einen Altbesitzbestand von 40,319 Milliarden Papiermark ergeben. Die Folge ist, dass für die Auslosung der Ablösungsanleihe, die sich in gleichen Jahresabschnitten vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1956 erstreckt statt der ursprünglich angenommenen 120 Millionen nun rund 240 Millionen jährlich im Reichsetat zur Verfügung gestellt werden müssen, wozu noch 71 Millionen für Vorzugsrenten kommen.

Die grosse Überraschung, die diese Feststellung für die Öffentlichkeit bedeutete, ist zu erklären versucht worden mit dem Hinweis darauf, dass seinerzeit feste Anhaltspunkte für die Schätzung nicht zur Verfügung gestanden hätten. Sie beruht aber zum erheblichen Teil auch darauf, dass von den Banken unter gewaltsamer Auslegung der Gesetzesvorschriften grosse Summen von Anleihebesitz als Altbesitz angemeldet wurde, der nicht, wie das Gesetz vorschreibt nachweislich vor dem 1.7.1920 erworben und dem Gläubiger seitdem ununterbrochen gehört hat. Es handelt sich hier um Anleihebesitz, der bei den Banken deponiert, von ihnen ohne Auftrag des Besitzers in der Inflationszeit verkauft und später durch neugekaufte Stücke ersetzt wurde. Die zuständigen Behörden haben in diesem Falle das Vorliegen von Altbesitz anerkannt und Auslösungsrechte zugeteilt.

Daneben bestand der Verdacht, dass in zahlreichen Fällen Anleihegläubiger oder ihre Beauftragten in betrügerischer Absicht Anleihestücke als Altbesitz angemeldet haben, denen die Eigenschaft des Altbesitzes fehlte. Dieser Verdacht wurde stark genährt durch die Manipulationen, die sich Stinnes und Konsorten auf diesem Gebiete geleistet haben. Eine Denkschrift, die noch unter der Verantwortung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler aufgestellt wurde, trat der Annahme entgegen, als ob für einen Anleihebesitz, der kein Altbesitz im Sinne des Gesetzes war, in nennenswertem Masse durch betrügerische Handlungen der Reichsschuldenverwaltung die Anerkennung als Altbesitz erreicht worden wäre. Da jedoch diese Denkschrift nicht allen Verdacht zu beseitigen vermochte, wurde im Oktober 1928 von Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eine Kommission mit der Nachprüfung von 3000 Altbesitzanträgen beauftragt. Der Bericht über das Ergebnis der Arbeit dieser Kommission, erstattet von der Deutschen Revisions- und Treuhand A.G. liegt nunmehr vor. Erschütternd ist dieser Bericht gerade nicht. Die Frage, ob sich bei der Prüfung Anhaltspunkte dafür ergeben haben, dass der grosse Unterschied zwischen der ursprünglichen Altbesitzschätzung des Reichsfinanzministeriums und dem nachher anerkannten Altbesitz in einem ins Gewicht fallenden Umfang auf unberechtigte Zuerkennung von Altbesitz zurückzuführen sei, wird von der Revisions- und Treuhand-A.G. auf Grund ihrer Feststellungen ohne weiteres verneint. Es finden sich in dem Bericht aber eine ganze Reihe von Mitteilungen, die gegenüber dieser Erklärung zu berechtigten Zweifeln Anlass geben. Die nachgeprüften 3000 Altbesitzanträge stellen nur einen verschwindenden Bruchteil der insgesamt 3,8 Millionen Anmeldungen von Alt-

besitz dar. Daran ändert auch die Tatsache nicht viel, dass die nachgeprüften Anträge meist solche mit höheren Beträgen waren.

Die Nachprüfung war aus verschiedenen Gründen sehr erschert. Es fehlte an den Originalbelegen, die auf eine Verfügung des Reichskommissars für Anleiheablösung in zahlreichen Fällen den Antragstellern zurückgegeben worden sind! Aber auch die Durchsicht der noch bei den Akten befindlichen Beweisunterlagen erlaubte kein sicheres Urteil mehr darüber, ob die vom Antragsteller aufgestellten Behauptungen über Altbesitz als zutreffend anzusehen sind.

Vor allem war die Nachprüfung bei Anträgen ausländischer Vermittlungsstellen fast unmöglich gemacht, bei denen die Zuerkennung von Auslosungsrechten auf Empfehlung der eingesetzten Sonderkommissare erfolgt war, die sich ihre Arbeit leicht gemacht hatten. Ebenso schwer war die Nachprüfung der Eigen- oder Nostroanträge der Banken. Ueber die seinerzeit vom Reichskommissar angeordneten Buchprüfungen bei den Banken fand sich oft, auch bei auf grosse Summen lautenden Anträgen, nur der Vermerk vor: "Geprüft und in Ordnung gefunden." Genaue Richtlinien für die Buchprüfungen waren vom Reichskommissar nicht herausgegeben. Die Prüfer sollen mündlich (!)Anweisungen erhalten haben. Auch bestanden keine Grundsätze für die Art der Beweisunterlagen, die bei Nostroanträgen der Banken zu fordern waren. In dem Reichsanleiheverzeichnis, in das die von der Reichsanleihe A.G. nach dem 30.Juni 1920 wieder in Verkehr gebrachten Stücke eingetragen wurden, sind zahlreiche Fehler festgestellt worden.Bei den zum Zweck der Berichtigung dieser Fehler vorgenommenen Rückfragen liess sich nicht mehr feststellen, ob die Aufnahme der Stücke ins Anleiheverzeichnis zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist. Die Depotbescheinigungen ausländischer und besonders inländischer Banken, die zur Begründung von Altbesitz dienten, konnten schon deshalb im Einzelnen nicht nachgeprüft werden, "weil die ersten Versuche ergaben, dass der Tausch und Verkehr von Depotstücken mit späterem Rückkauf so häufig vorgekommen sein müssen, dass eine Fortsetzung dieser Feststellungen zu positiven Ergebnissen nicht hätte führen können."

Die Prüfungskommission war bei ihren Nachforschungen auf die Mitwirkung des Reichskommissars angewiesen.Wenn es sich dabei um Nachforschungen nicht bei Behörden,sondern bei Aussenstehenden handelte,hat der Reichskommissar,wie der Bericht sagt,die Anregungen der Kommission "meist nur dann verfolgen zu können geglaubt,wenn die geltendgemachten Beanstandungen nach seiner Auffassung als Handhabe für eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Betrachtkamen." -Auf diese und andere Ursachen ist es zurückzuführen,dass in 94Fällen mit einem Anmeldungsbetrag von 50,5Millionen zur Frage der Richtigkeit der Altbesitzbehauptungen nicht Stellung genommen werden konnte,weil die Beweisunterlagen fehlten.In 16 Fällen mit 6,7 Millionen wurden bei der Nachprüfung Widersprüche und Unklarheiten festgestellt,die nicht mehr aufgeklärt werden konnten.In 31 Fällen mit25,9 Millionen Anmeldungsbetrag ist festgestellt worden,dass zu Unrecht Zusprüche erfolgt sind,davon in 29 Fällen zugunsten des Reichs.Die Entscheidungen wurden nachträglich abgeändert.Der Wert der ausgefolgten Auslosungsrechte ist aber nur schwer zurückzuerlangen.-Wenn auch der grösste Teil der festgestellten Falschanmeldungen aus dem Ausland stammte und bei den Inlandsanmeldungen,die die erdrückende Mehrheit darstellen,also nur wenig Falschmelduugen nachzuweisen wären so muss man die Erklärung der Prüfungskommission,das Gesamtbild sei "ein verhältnismässig günstiges",doch mit einer starken Dosis Skepsis aufnehmen.Muss doch der Bericht selbst zugeben:"Die Feststellung dieses Prüfungsergebnisses bedarf allerdings insofern einer wesentlichen Einschränkung,als der Wert der uns zur Verfügung stehenden Hilfsmittel so beschränkt war,dass durchaus mit der Möglichkeit gerechnet werden muss,dass in einzelnen der von uns geprüften Fälle noch unrichtige Altbesitzbehauptungen aufgestellt worden sind,die von uns nicht ermittelt werden konnten.Dies gilt vor allem für diejenigen Anträge, bei denen Depotbescheinigungen deutscher Banken als Beweismittel dienten."

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni auf 147,6 gegenüber 146,7 im Vormonat. Sie ist somit um 0,6 v.H. gestiegen. An dieser Steigerung sind im wesentlichen die Bedarfsgruppen Ernährung und Wohnung beteiligt. Innerhalb der Ernährungsausgaben konnten im Monatsdurchschnitt die Erhöhung der Preise für Gemüse, Eier, Kartoffeln sowie Brot und Mehl durch den Rückgang der Preise für Milch und Butter, die in der zweiten Monatshälfte wieder angezogen haben, sowie Fleisch und Fleischwaren nicht ausgeglichen werden. Bei den Wohnungsausgaben wirkte sich die Heraufsetzung der staatlichen Grundvermögenssteuer in den preussischen Gemeinden aus.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (13/14=100) für Ernährung 142,7, für Wohnung 129,8, für Heizung und Beleuchtung 149,4, für Bekleidung 166,8, für den sonstigen Bedarf einschl. Verkehr 193,6.

SPD. Das Deutsche Reich hat nach dem Abschluss des deutsch-polnischen Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 die Entschädigung der von Polen enteigneten und vertriebenen Deutschen übernommen. Zur Durchführung des Entschädigungsverfahrens errichtete das Reichsfinanzministerium eine neue Dienststell unter Leitung des Oberregierungsrats Dr. Lazarus (Kommissar für Polenschäden).

Bei der Abwicklung der Polenschäden handelt es sich um etwa 6000 Geschädigte. Unter ihnen befinden sich rund 5000 kleinbäuerliche Grundbesitzer, die vor dem Kriege in den jetzt polnischen Gebieten von der preussischen Ansiednlungskommission angesetzt wurden. Gegen diese Bauern hat Polen bis zum Abschluss des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens im vergangenen Herbst die Enteignung auf Grund des Versailler Friedensvertrages rücksichtslos durchgeführt. Die Enteignung und Entwurzelung dieser auf Siedlungsgütern sitzenden Bauern fand in den allermeisten Fällen ohne jede Entschädigung statt. Das deutsch-polnische Schiedsgericht, das unter einem neutralen Vorsitzenden die Entschädigung für die enteigneten Deutschen festzulegen hatte, versagte in dieser Frage vollkommen. So sind im Laufe von acht Jahren von Tausenden von Schadensfällen nur einige wenige infolge der polnischen Verschleppungstaktik entschieden worden. Das Deutsche Reich sah sich daher veranlasst, schon auf Grund des Kriegsschädenschlussgesetzes den Polengeschädigten gewisse Beträge zukommen zu lassen.

Jetzt wird durch die Tätigkeit des Polenschädenkommissars Dr. Lazarus die volle Entschädigung für die Betroffenen festgesetzt. Bei der Entschädigung soll als Masstab der normale Nachkriegswert der Grundstücke angelegt werden. Diese Entschädigungsgrundlage ist als günstig anzusprechen. - Von den 6000 Schadensfällen sind bereits 200 der schwierigsten Entschädigungsfälle durch Vergleich abgewickelt worden. Allerdings wird die Erledigung dieser Verfahren praktisch erst dann wirksam, wenn das deutsch-polnische Liquidationsabkommen, das vom Reichstag bereits vor Monaten ratifiziert worden ist, auch endlich vom polnischen Sejm ratifiziert wird. Die Annahme des Vertrages durch das polnische Parlament hat sich durch die innerpolitischen Schwierigkeiten in Polen ungebührlich lange verzögert.

Die Entschädigung wird nicht in bar, sondern in Reichsschuldbuchforderungen gewährt. Die Gesamtsumme der Entschädigungen dürfte etwa 300 Millionen Mark erreichen, sodass bei einer 6%igen Verzinsung und 3%igen Tilgung ein jährlicher Betrag von 27 Millionen im Reichshaushalt dafür anzusetzen ist. Der Kommissar hofft, die gesamte Abwicklung der 6000 Schadensfälle im Laufe von anderthalb Jahren durchführen zu können.

SPD.Das Reichswirtschaftsministerium hat am Montag durch den Staatssekretär Trendelenburg das Zwangssyndikat für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenberg verfügt. Der Vertrag hat eine Dauer von 10 Jahren. Es ist zum ersten Mal, dass ein Zwangssyndikat von längerer Zeit für Rheinland und Westfalen in Kraft tritt.

Die alten Verträge waren am 1.April abgelaufen, ohne dass eine freiwillige Einigung der Gruben erfolgen konnte. So drohte die syndikatlose Zeit, die den rheinisch-westfälischen Bergbau einem hemmungslosen Konkurrenzkampf ausgesetzt hätte, den dieser gerade jetzt, angesichts einer nicht besonders befriedigenden Situation am wenigsten vertragen könnte. Die grossen, in übermächtigen Trusts und Konzernen organisierten Gruppen wurden sich schnell einig. Sie waren immerhin aber nur 90% der Leistungsfähigkeit. Die restlichen 10% fielen auf kleinere Unternehmungen, so auf die Gewerkschaft Friedrich der Grosse, auf den Mansfeldkonzern, auf die Dessauer Continental-Gesellschaft, Deutsche Erdöl usw. Die Kleinen hatten selbstverständlich den Wunsch nach grösseren Beteiligungen, der vielfach, wie im Falle des Mansfeldkonzerns, berechtigt ist. Sie hatten aber bei den Grossen keinen Erfolg. Noch in voriger Woche fand eine Verhandlung statt, durch die Mansfeld (bei dem eine Erhöhung seiner Beteiligung um 100 000 Tonnen zugestanden wurde), die Dessauer Continental und Friedrich der Grosse für die freiwillige Einigung gewonnen wurden. Das waren aber nur 94% der Leistungsfähigkeit. Weil die Grossen nun den Kleinen Zugeständnisse gemacht haben, kam auch die Hanielgruppe unter Führung des Generaldirektors Reusch und zog ihre Unterschrift zurück. Die Opposition der Reuschgruppe erklärt sich also nicht aus einer Abneigung gegen die Syndizierung, sondern weil man den Kleinen Konzessionen machte.

In dieser Situation blieb nur der Zwangsvertrag übrig. So lange der jetzige Reichsfinanzminister Dietrich das Reichswirtschaftsministerium führte, hielt sich dieser unbegreiflicherweise zurück. Erst als Dietrich zum Reichsfinanzminister überwechselte, war der Weg für die Zwangssyndizierung frei. Sie wurde von dem Staatssekretär Trendelenburg, der gegenwärtig den Reichswirtschaftsminister vertritt, vollzogen. Trendelenburg hat nach Lage der Dinge nur das getan, was Dietrich schon lange hätte tun müssen.

SPD.Die mitteldeutschen Industrie- und Handelskammern haben eine Entschliessung gefasst, in der sie sich gegen den Unfug der Eisenverbände wenden, die Eisenpreise auf Frachtbasis Oberhausen bezw. Neukirchen aufzubauen. Dieser Unfug wirkt sich dahin aus, dass z.B. der mitteldeutsche Verbraucher mit der Fracht von Oberhausen bis zum Verbraucherort belastet ist, obwohl das von ihm verbrauchte Eisen in seinem Wirtschaftsbezirk produziert wird. Es handelt sich um eine ungerechtfertigte Verteuerung. In der Entschliessung wird deshalb u.a.gesagt, dass die gekennzeichnete Regelung die Konkurrenzfähigkeit der Eisenverarbeiter beeinträchtigt.

Die Handelskammern geben der Regierung Brüning.Schiele einen wertvollen Fingerzeig, um die vielbesprochene Preissenkungsaktion zu fördern. Wir glauben aber nicht daran, dass das Kabinett sich daran macht, den Unfug der Frachtbasis Oberhausen aus der Welt zu schaffen.

Bessere Aussichten.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Juni).

SPD. Die herrschende Witterung hat einen günstigen Einfluss auf den Felderstand ausgeübt, was am Montag auf die Tendenz der Berliner Produktenbörse nicht ohne Einfluss blieb. In altem Weizen war das Angebot zwar wieder klein; es wurde jedoch nur zu nachgebenden Forderungen aufgenommen. Prompter Roggen wurde weiter gestützt. Auch in Brotgetreide aus neuer Ernte lag nur verhältnismässig spärliches Angebot vor. Gleichwohl lauteten die Forderungen etwas niedriger. Sehr ruhig war die Stimmung am Markte der Zeitgeschäfte. Andienungen auf zur Julilieferung abgeschlossene Kontrakte erfolgten nur in geringer Anzahl. Die Kurse lagen um ca 1 bis 2 Mark niedriger. Auch am Mehlmarkt herrschte lustlose Stimmung bei vielfach ermässigten Forderungen. Hafer hatte bei kleinem Geschäft stetige Tendenz.

	28. Juni	30. Juni
	(ab märkische	Station in Mark)
Weizen	285 - 290	285 - 290
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	170 - 186	170 - 186
Hafer	147 - 156	147 - 156
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,00-41,00	33.00-41.00
Roggenmehl	22,50-25,25	22,50-25,25
Weizenkleie	7,90- 8,40	7,90- 8,40
Roggenkleie	7,75- 8.00	7,75- 8.00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 283½, September 256, Oktober 257½, Roggen Juli 166½, September 171, Oktober 174-173½-173¾. Hafer Juli 154, September 160½, Oktober 164 und Geld.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,30-1,50, Rote 1,40 bis 1,70, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,50 bis 2,80 Mark. Grossfallende gelbfleischige über Notiz. Die Preise gelten für Kartoffeln alter Ernte.

Amtliche Eiernotierungen.

(30. Juni)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier, (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 12½, Kl. A 60 gr. 11, Kl. B 53 gr 9¾, Kl. C. 48 gr 8¾, frische Eier, Kl. B. 53 gr 9¼. - Auslandseier: Dänen 18er 12½, 17er 12, 15½-16er 9¾, Holländer 60-62 gr 10¾-11¼, 57-58 gr 10-10¼, leichtere 9¾, Belgier 10-10¼, Litauer grosse 10¼, normale 8¼, Rumänen 8½, Ungarn 8½-8¼, Russen normale 8½, Polen normale 8, abweichende 7¼-8, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6½-7. Witterung: warm, Tendenz: fest.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S·P·D

Berlin, den 30. Juni 1930

Kosmische und irdische Dinge.[x]

Von Michail Kosyrew.

SPD. Unglaublich,wieviel Borniertheit heutzutage noch unter den einfachen Leuten zu finden ist. Nehmen wir unsre Brüder,die Arbeiter: Es gibt wohl welche,denen ein Seifensieder aufgegangen ist. Aber dann gibt's Stockfische; die sind wie vor den Kopf geschlagen. Da kannst du machen,was du willst,der Kerl begreift rein garnichts und bleibt dumm wie zuvor. Kultur und Aufklärung, zum Beispiel,sind gewiss nützliche Dinge. Seriöse Dinge, möchte ich sagen.Da plagen sich manche Volksaufklärer; 's ist kein Spass. Nächtelang,kann man sagen,schlafen sie nicht,um ihre Brüder,die werktätigen Massen,zu erleuchten. Das verstehe ich wohl zu würdigen. Komme ich in den Klub,so weiss ich,was meine Pflicht ist. Ich nehme meinen Platz ein und sitze hübsch ruhig. Da halten sie mir einen Vortrag,beleuchten alle möglichen Wissensgebiete wie mit Laternen.Ein andermal wieder singen sie was Revolutionäres,oder einer erzählt was Aufklärerisches. Ich weiss: so gehört es sich, und bin ganz Ohr. Manchmal ist's ordentlich langweilig; da darfst dir aber nichts anmerken lassen.Wenn du gähnen musst, ist es am besten,du drehst dich vorsichtig um,damit es der Redner nicht gewahrt. Du musst dir stets vor Augen halten: du bist hier,um Bildung zu bekommen,und dabei kostet es garnichts. Da können viele nicht dahinter kommen.

Mein Freund Grebeschkow, mein Arbeitskollege,scheint es,hat dafür absolut kein Verständnis. Einmal sassen wir zusammen im Klub. Es war ein feiner Abend. Nicht so einer über die internationale Lage,sondern ein wirklich lebendiger Abend. Der Vorstand des Klubs kündigte an: "Heute", sagt er, "ist ein Abend der Fragen und Antworten. Ihr könnt beliebige Fragen stellen,und dieser Genosse hier wird alles beantworten." Dabei zeigte er auf ihn. Ein kolossaler Instruktor. Das sah man gleich: ein heller Kopf, ein anderes Kaliber als unser einer. Der kann sich schon derartige Dinge erlauben. Ich dachte: es ist am besten,man hält den Mund und wartet,was gescheitere Leute reden. Aber Grebeschkow platzte gleich los: "Kann man alle möglichen Fragen stellen?"

"Ganz nach Belieben!" Und der Instruktor meinte auch:"Ich kann auf alle Fragen antworten!" Grebeschkow stiess mich in die Seite: "Den leg' ich rein. Werd' ihn schon was fragen,dass er sich nicht auskennt."

"Lass doch", versetzte ich, "was geht's dich an! Sitz' ruhig, wenn du einmal gekommen bist."

Ich hatte auch Recht. Man liess ihn vorerst nicht zu Worte kommen. Vor dem Lektor lagen einige Zettel. Geschrieben von klugen Leuten. Mit internationalen Interessen:

"Wer wird in China, Ihrer Meinung nach,siegen? General Tfun-Tschun-Schban oder noch einer; hab' den Namen nicht behalten?"

"Welchen fahrplanmässigen Verrat gedenkt Macdonald zu üben, und wieweit betrifft dies die Arbeiterklasse im grossen ganzen?"

"Wie weit ist es von der Erde bis zum Mond, und geht es ein Proletariat auch auf anderen Planeten,und welchen Nutzen ergibt dies im allrepublikanischen Sinne?"

Kluge Leute hatten das geschrieben. Mir wären derlei Fragen nie in den

Sinn gekommen. Bin neugierig, dacht' ich, wie sich der Lektor 'rauswurstelt.

Der Mann war kolossal. Der legte los, dass es eine Art hatte. Ganz ohne Bücher und Notizen. Besonders über die anderen Planeten wusste er Bescheid, als ob er dort gewesen wäre.

Ich sagte Grebeschkow flüsternd: "Den fängst du nicht. Der weiss alles." Aber mein Freund liess nicht locker: "Ich leg'n 'rein!" Immerhin konnte er noch nicht dazu kommen, denn schon wieder wurden neue Fragen erörtert: "Wie", fragte man, "steht es um unsre Industrie im laufenden Jahre, und welche Rückwirkung hat dies auf die Arbeiterklasse? " Der Lektor erwiderte sofort geläufig, als ob er alles auswendig gelernt hätte. Irgendein Frauenzimmer aus den hinteren Reihen schrie: "Was versteht man unter sexueller Frage, und inwiefern ist sie dem Proletariat nützlich?" Wieder ging's wie am Schnürchen.

Da erhob sich Grebeschkow und liess den Lektor nicht einmal zu Ende sprechen. "Und warum", fragte er, "gibt es in der ganzen Stadt keine Seife, was sehr schädlich für die werktätigen breiten Massen ist?"

Ich wollte ihn noch zurückhalten: "Quatsch' nicht; kluge Leute stellen vernünftige Fragen, und du kommst da mit Dummheiten!" Der Lektor jedoch, meinte ich, wird's ihm schon eintränken. Wird ihn schön blamieren. Andrerseits war es nicht uninteressant für mich, zu wissen, warum es wirklich keine Seife gibt. Ich sitze und warte.

Der Lektor griff nach dem Wasserglase und trank es aus. Er wurde ganz konfus. "Ich weiss es nicht," sagte er. "Darüber kann ich nichts sagen. Wahrscheinlich eine Krise!" Grebeschkow schrie von seinem Platze aus: "So, so?" Und daraufhin zeigten viele ihre Borniertheit. Einer schrie: "Warum werden uns die Löhne nicht pünktlich ausgezahlt?" Ein paar wieder wollten wissen, warum man in ihrer Fabrik gute Maschinen zugrunde gehen lasse. Beinahe hätten sie den ganzen Abend gestört. Dem Lektor verschlug es die Rede, und er wusste nicht mehr ein und aus.

Da half ihm der Vorsitzende aus der Klemme: "Genossen", sagte er, "wir hegen kulturelle Bestrebungen, und Sie wollen das Ganze verhonepiepeln!" Und Grebeschkow wies er zurecht: "Genosse, wenn es Ihnen nicht passt, können Sie ja raus gehen. Wir können nicht zulassen, dass Sie hier störend wirken. Hier handelt es sich um ernste Dinge, und Sie reden lauter Blech". So riss er den Lektor raus.

Grebeschkow stand auf und entfernte sich. Und tat gut daran. Da wollen uns gescheitere Leute belehren, und Grebeschkow wirft ihnen Knüppel zwischen die Beine...

Unglaublich, wieviel Borniertheit heutzutage noch unter den einfachen Leuten zu finden ist.

(Deutsch von S. Borissoff.)

Als Arbeiter bei Ford.[x]

SPD. Die acht aufragenden Schlote des Ford'schen Fabrikgeländes waren nicht nur die äusseren Wahrzeichen Detroits, die wir nach zweiwöchiger Fahrt von New York über Boston, Albany, Buffalo, Niagara Falls und Cleveland bei unserm Einzug von Süden her erblickten; sie verkörpern auch das eigentliche Wesen dieser Stadt am nordwestlichen Ende des Erie=Sees. Denn Automobil ist Trumpf in Detroit. Die Autoindustrie drückt dem ganzen Leben hier ihren Stempel auf. Mehr als in New York oder Chikago gerät auch der Lebenskreis der Detroiter ins Technisch=Einseitige hinüber, und wenn irgendwo, so dürstet hier der Fremde nach mehr Musik, Kunst und wechselnder Lebendigkeit.

Wer das Glück hat, trotz der grossen, dauernden Arbeitslosigkeit eine

Stelle zu erhalten, der muss sich zunächst eine Rede des Managers über den guten Willen der Arbeiterschaft inbezug auf die Unfallverhütung anhören und wird dann mit vielen anderen als billigste Kraft an das laufende Band gestellt. So hatte ich in die Vorderfront jeder herankommenden Karosserie sechs Mutterbolzen einzusetzen, die mein Kollege mit einem Handmotor festdrehte. Die Arbeitsteilung und Mechanisierung ist hier so weit vorgeschritten, dass ein Anlernen nicht nötig war. Die Verrichtung wird einem nur mal oberflächlich gezeigt. Das Einzige, was nötig ist, liegt in der gehörigen Arbeitsgeschwindigkeit und die gewöhnt man sich durch Uebung an. Dazu geben einem die sieben, neun oder zehn Stunden täglich genügend Gelegenheit: immer das Gleiche, von einer Car zur anderen, völlig entseelte Arbeit, die jede Freude am Werke verloren hat; mechanische Griffe, bei denen man nicht mehr denkt, sondern döst.

Noch schlimmer ist am Bandsystem die dem Betriebsleiter gegebene Möglichkeit, die Arbeitsgeschwindigkeit dadurch zu erhöhen, dass er die Karosserien allmählich immer schneller laufen lässt. Der Arbeiter merkt zunächst garnichts davon und schreibt es seiner eigenen Langsamkeit zu, wenn er mit seiner Arbeit ins Hintertreffen kommt und nun versuchen muss, durch erhöhte Anstrengungen sich gegen den Strom heranzuarbeiten. Dieser "Speedup", oft mit Herabsetzung der Lohnraten verbunden, – der Arbeitgeber nennt das "efficiency education" (Erziehung zur Leistungstüchtigkeit) – ist begreiflicherweise unter der Arbeiterschaft äusserst verhasst. Die Furcht, arbeitslos zu werden, und das Fehlen jeder Hilfe durch Gewerkschaften, von denen Detroit frei wie keine andere amerikanische Stadt ist, nimmt jedoch alle Möglichkeiten, gegen solche Methoden anzugehen.

Gelegenheit, mich mit den Arbeitskollegen zu unterhalten, hatte ich kaum. Der Lärm und die Hetze der Arbeit beschränkten alle Schreigespräche nur auf wenige Worte, die dann meist zur Arbeit gehören. Man kennt den Kollegen, mit dem man tagelang arbeitet, überhaupt nicht, weiss nicht seinen Namen, nichts darüber, woher er kommt, und was er sonst treibt. Die kurze Esspause reicht kaum dazu, schnell seine Mahlzeit herunterzuschlucken, und im übrigen ist man viel zu stumpfsinnig, um zu wirklichen Unterhaltungen zu kommen. Das heisst also, dass hier mehr als anderswo alle menschlichen Beziehungen ausgelöscht sind, dass der Arbeiter, als Nummer in diesen Riesenbetrieb eingegliedert, tatsächlich nur noch ein dienendes Teilchen an einem grossen Mechanismus darstellt, der alle schaffende Freude tötet und Menschenwesen in seinen gehandhabten Takt zwingt, bei dem von einem natürlichen Rhythmus nicht mehr die Rede sein kann.

Schon nach verhältnismässig kurzer Zeit wurde ich aus diesem Karosseriebetrieb entlassen und arbeitete in den folgenden Wochen in River Rouge bei Ford als "Final Assembly man" und später in der "Motor Assembly" beim Einpassen von Kurbelwellen in Motorgehäuse, die hier wiederum auf laufendem Band in regelmässigen Abständen herankamen. Abermals machte ich die gleichen Erfahrungen in dieser geisttötenden, bis zum Aeussersten mechanisierten Arbeit. Einschleifarbeit, die früher einmal von gelernten Arbeitern mit viel Geschick bewerkstellig wurde, war hier einem Automatismus anvertraut, der kein Denken, kein persönliches Schaffen mehr zuliess. Angenehm war die aussergewöhnliche Sauberkeit. Weniger ist für die Aufbewahrung der Kleider der Arbeiter getan, die mitten im Fabrikraum offen über Bügeln hängen. Ebenso schlecht ist auch hier die Essenverteilung, die von wenigen Karren aus geübt wird und stets mit einem solchen Gedränge verbunden ist, dass der wesentliche Teil der ohnehin viel zu knappen Essenszeit mit Warten draufgeht.

Die riesenhafte, eine kleine Stadt für sich darstellende Anlage in River Rouge macht jedoch technisch auch auf den kritischen Beurteiler Henry Fords einen starken Eindruck. Wie hier Bauten, Maschinen- und Menschenkraft den täglich einfliessenden Rohmaterialstrom nach einem übersichtlichen Plan verarbeiten, wie hier morgens, nachmittags und um Mitternacht im Schichtwechsel Tausende von Arbeitern in einem grossen Rennen und Strömen an die Arbeit ge-

hen, in den Mechanismus eingeschluckt werden, wie bald darauf die Strassen draussen öde daliegen und nur die Lichtfülle kalt-bläulicher Quecksilberlampen, die Schütterungen des Bodens vom Stampfen der tausend Maschinen, der Lärm von Pressen und Schleifmaschinen vom Zwangstempo der Arbeit in den langen Hallen kuenden, wie dort die acht hageren Arme der Kraftstation sich in den Sternenhimmel aufrecken, beim Stahlwerk rotglühende Schlackenmassen in den Sammelwagen stürzen, während weissgeballte Dampfwolken wie in kraftbewusster Selbstbefreiung wohl das "Hobelied der Arbeit" anstimmen lassen, wenn - nun, wenner di Menschenseelen dahinter vergessen könnte. -

Wesentlich günstiger ist allerdings die Lage des Gelernten. Er hat bessere Löhne, bessere Behandlung und noch einige selbständige Leistung beim Schaffen. Der gelernte Mann, der sogenannte "white collar man", hat ein recht deutliches Unterschiedsgefühl gegenüber den grossen Massen der Ungelernten; er, der Aristokrat unter den Arbeitern, kann doch bei weitem freier atmen, wenn auch hier durch das in allen Abteilungen bei Ford eingerichtete Aufpasse- (Spy-) System manche Grenzen gesetzt sind.

Irgendeine Sozialfürsorge gibt es bei Ford nicht. Die in früheren Jahren auf diesem Gebiet entwickelten Einrichtungen sind rücksichtslos abgeschafft worden, als mit der Produktion des "neuen Modells" der verschärfte Konkurrenzkampf mit der General Motors Company einsetzte. Fords Prinzip ist es, den Arbeitern so "hohe Löhne" zu bezahlen, dass sie sich in jeder Notlage allein helfen können. Wie demgegenüber die Wirklichkeit aussieht, zeigten die Zustände in der zweiten Hälfte 1927, als tausende von Fordarbeitern mit ihren Familien der städtischen Wohlfahrtspflege zur Last fielen, als ihnen Anzahlungen auf Wohnungen und Familienhäuser verloren gingen und ihnen auf Teilzahlungsplan erworbene Möbel mit den letzten Ersparnissen herausgeholt wurden. Sobald die Produktion um- oder eingestellt wird, fliegen die Arbeiter erbarmungslos auf die Strasse, und bald ist der letzte Notgroschen verzehrt, da es ja keinerlei Unterstützung gibt. So sieht es dort aus, wo viele glauben, das "Paradies Amerika" am reinsten verkörpert zu sehen.

Karl Möller.

Zu Gustav Mahlers 70. Geburtstag.

SPD. Als die Musikwelt am 7. Juli 1910 Gustav Mahlers 50. Geburtstag feierte, ahnte wohl niemand, dass das die letzte Gelegenheit sein würde, dem Meister Huldigung und Dank zu sagen. Und doch trug er damals schon seine todbringende Krankheit mit sich herum, der er, zehn Monate später, am 18. Mai 1911 erlag. Der wahre Grund seiner Todeskrankheit aber ist sicher gewesen: der Gram über den Dank vom Hause Oesterreich, den er ebenso wie viele andre grosse Männer, die in Habsburgs Diensten gestanden, erfahren hatte.

Heute noch zehrt die Wiener Staatsoper von dem Ruhme, den sie als k.u.k. Hofoper einzig und allein durch Gustav Mahler in einer Weise besass, wie keine andere Opernbühne der Welt vorher und nachher. Wer damals eine Opernaufführung in Wien hat mit erleben dürfen, der weiss, dass die Wiener Hofoper zu Mahlers Zeit die Bühne war, die die besten deutschen Sänger, einen unvergleichlichen Chor, das grossartigste Orchester der Welt in den Dienst des Kunstwerks zu stellen hatte. Das war ein festgefügtes Ensemble, in dem es keine Stars gab und keine launenhaften Primadonnen. Das war eine Arbeitsgemeinschaft von Menschen, die mit beispiellosem Fanatismus zum Ruhme des Hauses, an dem sie wirkten, in des Wortes edelstem Sinne nur der Kunst dienten. Dieser Fanatismus aber ging ausschliesslich von Gustav Mahler aus. Nie hat ein Künstler ähnlich wie er mit dem Einsatze seiner ganzen Persönlichkeit derart gearbeitet, dass Alle, die mit ihm am Werke waren, auch die Widerstrebendsten, restlos gefangen

und, von dem Genie des Meisters überwältigt, in sich Riesenkräfte künstlerischer Art spürten und über ihr oft so kleines Menschentum hinauswachsen konnten bis zu den höchsten Zonen wahrer Geistigkeit. Dieser kleine Mann mit dem unscheinbaren Körper, mit dem hässlichen, eckigen Kopfe, mit den scharfen, durchdringenden Blicken, hatte Alle und Alles in der Hand. Niemals vielleicht ist ein Künstler ein grösserer Autokrat gewesen wie der Bühnenleiter Gustav Mahler. Und sicher niemals hat dennoch ein Künstler jubelndere Gefolgschaft von den Seinen gefunden wie er. Und so wie die Künstler fühlten auch die Menschen, die das Werk zu hören gekommen waren, die grossartige Gewalt, die von ihm ausging. Wenn Mahler den Orchesterraum betrat, wurde es in dem weiten Raume der Wiener Hofoper mit einem Male still. Aber es war nicht die Stille der Neugier, die sonst im Theater zu fühlen ist, ehe das Spiel beginnt. Die grosse Ergriffenheit, die Mahler erfüllte, ehe er den Taktstock erhob, um ein Werk aufklingen zu lassen, das ihm nahestand - und ein anderes Werk dirigierte Mahler in Wien überhaupt nicht zu jener Zeit - diese Ergriffenheit lag über dem ganzen Hause und löste sich in ein unbeschreibliches Glücksgefühl in dem Augenblicke, da der erste Ton unter seinem Zauberstabe erklang.

Das ist alles längst vorbei und kommt niemals wieder. Die Glücklichen, die das miterleben durften, zittern heute noch in der Erinnerung an solche unvergänglichen Weihestunden.

In der musikalischen Gegenwart wirkt jedoch Mahler nach wie vor durch sein Komponistenwerk. Das heisst, um es ganz genau auszudrücken: Der Komponist Gustav Mahler ist im Augenblick nicht sehr modern. Sein Werk, gemischt aus klassischen, romantischen und philosophischen Motiven, ist dem snobistischen Publikum von heute nicht "aktuell" genug. Das faustische Ringen in Mahlers Werk ist vielleicht wirklich nicht ganz zeitgemäss, umso mehr, als es eingebettet ist in viel Schwärmerei und Singeseligkeit. Mahler selbst hat das ja einmal so treffend difiniert, als er von seiner Musik sagte: "Ich stamme von kleinen Leuten". Damit hat er ausgedrückt, dass ihm aller Snobismus fernlag, dass er sich erdnah fühlte und verwandt allen denen, die mühselig und beladen sind. In Mahlers Werk ist niemals Pathos und Emphase, niemals eine Redensart oder ein Schlagwort. Er war ein Musiker, der aus tiefstem Herzen heraus musizierte. Und darum ist es kein Zufall, dass gerade der musikliebende Proletarier durch Mahlers Kunst so viel innere Erhebung findet.

Mahler hat, wie nur je ein Künstler, die Kreatur geliebt. Auch darin ist er, wie in so vielen Punkten, Beethoven ähnlich. Gleich Beethoven hat er sein Leben lang mit sich selbst gerungen, an sich selbst gearbeitet, mit dem einen Ziel: ein reiner Diener seiner Kunst sein zu können. Und ebenso wenig, wie die Wiener Hofgesellschaft um die Wende zum 19. Jahrhundert diese kompromissfeindliche, ganz und gar auf sich selbst gestellte Art Beethovens mochte und ihn darum sich selbst überliess, ebenso war Gustav Mahlers asketischer Künstlersinn, der vor Menschenthronen nicht allzu viel Ehrfurcht besass, und dem nur der Geist etwas galt, den Schranzen am Hofe des Kaisers Franz Joseph zuwider. Sie ruhten nicht, bis Mahler aus seiner Stellung verdrängt war. Und er, der vor der Majestät von Gottes Gnaden wenig Respekt hatte, litt dann später unsagbar, als er in Amerika seine Musik wegwerfen musste, da er sie Leuten gab, die einzig allein dem Götzen Gold zu dienen gesonnen waren.

Darüber sind heute zwanzig Jahre hinweggegangen, eben jene zwanzig Jahre, in denen der deutsche Arbeiter die Beglückung verstehen gelernt hat, die von der Beschäftigung mit den geistigen Gütern ausgeht. Wenn Mahler heute noch lebte - Einnes ist gewiss: Niemand würde aus tieferem Dankbarkeitsgefühl den 70. Geburtstag des Meisters feiern, wie die Männer, die in Mühsal und Not des Alltags dem Erdhaften, dem Faustischen so nahe sich verwandt fühlen, wie die grosse Schar der deutschen Arbeiter, denen zu vielen Malen schon und in aller Zukunft Mahlers musikalische Sendung Inbegriff und Abbild ihres eigenen Menschentums ist.

Dr. Felix Günther.

Dem freien Rhein.

Rauh war der Weg und schwer und sorgenreich,
Doch eure Not war Not auch uns und Leiden,
Und keine Treue war der euren gleich.
An euch gemessen,ist Verdienst bescheiden.
Denn fremde Truppe kennt besondere Norm.
Nicht leicht ist Joch des Militärs zu tragen.
Wir kennen ja den Fluch der Uniform
Aus jenes Krieges fürchterlichen Tagen.

Doch ihr bliebt fest! War nicht dem Vaterland
Der Aermste treu trotz Qual und Gram und Hetze?
Es schlang die Republik ein heil'ges Band,
Dass jeder Deutsche sich als Deutscher schätze.
Ja,in den Büchern der Geschichte steht:
Euch köderte kein Matthes und kein Dorten!
Du hast den deutschen Rhein erlöst,Prolet!
In Taten warst du gross und nichtin Worten.

Der Geist des Friedens hat den Rhein befreit
Und nicht das Prahlen schwarzweissroter Schelme.
Es war der neue Staat,die neue Zeit,
Kein Fahnenprunk, kein Glanz der grauen Helme.
Nicht Hass zum Abschied! Nein,ein Brudergruss
Sei Lebewohl den scheidenden Soldaten.
Sie standen gleichfalls unter hartem Muss,
Und der Befehl bestimmte,was sie taten.

Dank Ebert,Stresemann und Rathenau!
Die Republik nennt stolz die grossen Toten.
Aus Volkes Auge quillt Erinn'rungstau,
Den Rettern,den Befreiern dargeboten.
Es sagt des Sängers sphärische Musik:
Du,Rhein,bist Deutschlands Strom,nicht Deutschlands Grenze.
Dich machte frei die deutsche Republik
Und windet wahrer Treue Lorbeerkränze!

Henning Duderstadt.

Der Heilige von Parzham.

SPD. Dieser Tage ist der ehemalige Pförtner des St.Anna=Klosters in Altötting,ein niederbayrischer Bauer,der vor seinem Uebertritt ins Kloster Johannes Bierndorfer geheissen hat, in Rom feierlich selig gesprochen wor= den. Johannes Bierndorfer ist schon als Bauernjunge auf dem Gute seines Va= ters, dem Venushof zu Parzham, ein überaus frommer Mensch gewesen. Das ist wenigstens die kirchliche Ausdrucksweise. Bedient man sich der bürgerlichen, so wäre dem Seligen Johannes wohl in sein Zeugnis zu schreiben,dass er ein allezeit verträumter und nicht immer sehr praktischer Knecht gewesen ist.Er verrichtete seine Arbeit,aber er brachte den Kühen und Pferden doch nur ein untergeordnetes Interesse entgegen. Oft geschah es,dass der Heuwagen,den er zu lenken hatte, in den Graben geriet und umstürzte: denn des Johannes Ge=

danken waren bei Gottes Wegen und nicht bei jenen gewesen,die die Menschen gebaut hatten. Johannes betätigte dann Geistesgegenwart,aber sie bestand nicht darin,dass er das Geeigneste tat,um das Unglück wiedergutzumachen,sondern darin,dass er die Musse, die er nun hatte, zum Beten eines Rosenkranzes benutzte und sich im übrigen geduldete, bis die Knechte aus dem Dorfe herbeikamen und an die verunglückte Heufuhre Hand anlegten.

Einen Herzenswunsch hat Johannes Bierndorfer immer gehabt: den in seinem Falle verständigsten der Welt. Wie ein mimisches Talent sich zum Schauspieler und ein stilistisches sich zum Dichter berufen fühlt, so hat Johannes Bierndorfer Priester werden wollen. Leider ist er dabei auf den Widerstand der Vorschriften gestossen. Der Mann,der vom frühen Morgen bis zum späten Abend herumspintisierte,der vor,während und nach der Arbeit die Nase in die Bibel steckte, der einige 30 Jahre nach seinem Tode der hohen katholischen Anerkennung der Seligsprechung teilhaftig geworden ist,konnte nicht Priester werden. Keine Examina...keine Berechtigung...Er gehörte zu den Frömmsten der Frommen, und niemand bezweifelte das. Nützte alles nicht: Dem Johannes Bierndorfer,diesem Genie der Religiosität, war der Weg auf die Kanzel versperrt, und es blieb ihm keine andere Möglichkeit,denn als schlichter Bruder seine Rosenkränze zu beten und seine frommen Worte aufzusagen.Die Tragik im Leben des Bauernheiligen von Parzham. Aber schliesslich muss man sagen,dass sie klein ist im Vergleich zu jener Tragik im Leben der Menschheit,die einem in Klosterdunkelheit eingekapselten Gebetsprecher mehr Ehre beimisst als dem tüchtigen Bauern,der seiner Arbeit im Stall und auf dem Felde treu bleibt und,anstatt zu brüten und zu simulieren,fleissig schafft.

Drago.

SPD. Fische ohne Wasser.[x] Bei grosser Sommerhitze trocknen,namentlich in den Tropen, Seen,Teiche, Tümpel und selbst Flussläufe aus. In Gegenden, die öfter von diesem Missgeschick betroffen werden,haben es viele Fische verstanden,sich den ungünstigen Lebensverhältnissen anzupassen, ohne dass sie allerdings dadurch imstande sind,sich vor ihrem noch schlimmeren Feinde, dem Menschen,zu retten. In Celebes(südostasiatische Inselgruppe) graben die Eingeborenen während der Trockenzeit Aale aus dem eingetrockneten Lehmschlamm der Reisfelder. Manche Fische, die übrigens gar nicht mit einander verwandt sind, besitzen die Fähigkeit, im Schlammbette die wasserlose Zeit zu überleben, ohne dass sie dazu besondere Hilfsorgane ausgebildet haben. Andere,wie die Durchfische,besitzen eine lungenartige Apparatur in ihrer Schwimmblase, wie der australische Lungenfisch,der auch zu normalen Zeiten auf diese Weise atmet; alle dreissig bis vierzig Minuten kommt er an die Wasseroberfläche gestiegen,um hier unter dumpfgrunzendem Geräusch seine Schwimmblasenluft zu erneuern. Ihm entspricht ein gleicher Typus im tropischen Afrika und in den Ueberschwemmungsgebieten des Amazonas in Südamerika. Bei uns haben wir einen Vertreter dieser Lebensweise in dem mit dem Darm atmenden Schlammpeitzger, ohne dass jedoch die Möglichkeit, im Schlamm eingetrocknet das Leben zu fristen,auf ihn allein beschränkt wäre. Im Ueberschwemmungsgebiete der Donau wurden Karauschen und Schleie aus dem trocknen Schlamm ausgegraben. In Mazedonien fand man lebende Barben im Bette ausgetrockneter Bäche,und selbst Karpfen und Barsche vermögen auf solche Art in Trockenzeiten ihr Dasein zu erhalten.

Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S•P•D

Nr. 48 Berlin, den 30. Juni 1930.

Die erste deutsche Polizeiassistentin.x

SPD. Es ist jetzt gerade 20 Jahre her, dass die erste Frau, die in Deutschland Pionierin war für die Arbeit der weiblichen Polizei, Henriette Arendt, aus ihrem Dienst entlassen wurde. Ueber ihre Tätigkeit hat sie verschiedene Bücher veröffentlicht, die heute kaum noch gelesen werden. Der Name der Verfasserin ist in unsrer schnellebigen Zeit fast vergessen. Sie verdient es aber wohl, dass an sie erinnert wird, da heute vieles von dem durchgeführt wird was sie erstrebte.

Das tragische Schicksal der Krankenschwester, deren Körper- und Nervenkraft den Nachtwachen, dem rastlosen Wechsel der Umegbung und der Lebensweise, dem Kampfe mit den Launen der Kranken nicht gewachsen war, hat viele von Henriette Arendts Illusionen zerstört. Sie hatte sich voller Idealismus und Schaffensfreude in den Dienst der Barmherzigkeit gestellt und hat viele Hoffnungen begraben müssen. Aber der Glaube an das Gute lebte in ihr. "So will ich denn ausziehen," schrieb sie, "den Aermsten und Verachtetsten zu helfen als wahre "Schwester", die alles versteht, alles verzeiht und den Glauben an das Gute in denen weckt, die daran verzweifeln wollen."

Mit diesem Vorsatz kam Henriette Arendt am 1. Februar 1903 nach Stuttgart als erste Polizeiassistentin in Deutschland. Ihre Pflichten erstreckten sich hauptsächlich auf die Ueberwachung der beim Stadtpolizeiamt eingelieferten weiblichen Gefangenen und auf die Fürsorge für sie nach ihrer Entlassung. Aufgrund ihrer reichen persönlichen Erfahrungen (ihr Sprechzimmer war wie ein Taubenschlag) griff sie mutig alles an, was ihr mangelhaft erschien, und machte eine Reihe praktischer Vorschläge. Noch 1907 konnte in Württemberg jedermann Pflegekinder aufnehmen, mochte er noch so schlecht beleumdet sein, mochten selbst seine eigenen Kinder ihm wegen Verwahrlosung zwangsweise fortgenommen sein. Er hatte dadurch einen bequemen Verdienst, während die Landarmenbehörde die Kosten des Unterhalts für seine eigenen Kinder bezahlen musste. Henriette Arnedt forderte eine Beschleunigung des Fürsorge-Erziehungsverfahrens, ferner Zufluchtstätten für schutzbedürftige Frauen und Mädchen, eventuell auch für entlassene männliche jugendliche Gefangene, dann besondere Gerichtshöfe für Kinder, Jugendgerichte, bedingte Verurteilung anstelle von Strafhaft, Fürsorge und verständnis- und liebevolle Erziehung, geschulte Aufsichtspersonen in kleinen Gefängnissen, die zugleich erzieherisch wirken. Diese und andre Vorschläge machte Schwester Arendt in ihrem Buche "Menschen, die den Pfad verloren", zu dem Friedrich Naumann das Vorwort geschrieben hat.

1910 erschien dann das Buch "Erlebnisse einer Polizeiassistentin". Hier schildert Schwester Arendt ihre schweren Kämpfe auf dem Gebiete sozialer Fürsorge, den Kampf gegen engherzigen, fortschrittfeindlichen Bürokratismus und gegen den Pietismus, der sich in der Dunkelheit mit aller Macht gegen jede humanitäre Bestrebung auflehnt, die nicht von der Kirche ausgeht. Trotzdem durfte sie sich mit Stolz sagen, dass der Gedanke allgemeiner sozialer Hilfeleistung ohne engherzige Beschränkung nicht unterdrückt werden konnte. In vielen deutschen Städten waren inzwischen Polizeiassistentinnen zur Fürsorge der Gefangenen angestellt wurden. Im Ausland folgte man dem Beispiel Deutschlands. In Stockholm, Wien, Zürich, Göteborg wurden Stellen für Polizeiassistentinen geschaffen. Norwegen, Holland, Italien, Russland verlangten Auskunft über das von Henriette Arendt eingerichtete Amt und wollten sie selbst anstellen.

Immer hat sich Schwester Arendt als Bahnbrecherin betrachtet. Wie alle

Menschen, die eine solche Mission ausüben, musste sie unendliche Schwierigkeiten überwinden, gegen Misstrauen ankämpfen. Ein Herr von Widersachern bildete sich gegen sie, dem sie endlich weichen musste. Den ersten Anstoss gab ein Vortrag, den sie 1907 in der "Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlecht krankheiten" hielt: "Mehr staatliche Fürsorge für Gefallene und Gefährdete". Alle Welt war darüber empört- Der Gemeinderat, weil sich eine "Unterbamtin" erlaubte, städtische Einrichtungen und althergebrachte Gebräuche der Kritik zu unterziehen. Die Wohltätigkeitsvereine und die Stadtmission, weil jemand, der ihrer Meinung nach nur Humanität und nicht das Christentum auf seine Fahne geschrieben hatte, es wagte, Reformvorschläge zu machen. Eine Frau dürfe überhaupt keine Reformvorschläge machen. Die Missionsarbeit sei eine so zarte Pflanze, dass sie nicht von rauhen Polizeihänden angegriffen werden dürfe. Es sei eine unerhörte Beleidigung und Lüge, den Gemeinderat als bürokratisch zu bezeichnen. Bald darauf wurde ihr in einem Schreiben des Stadtschultheissenamtes mitgeteilt, es wäre "dringend erwünscht, dass die Arendt mit laufenden Geschäften so bedacht wird, dass sie keine Zeit dazu findet, lange Zeiten hindurch den Annoncen in den Tageszeitungen nachzugehen." Sie liere fortgesetzt Material zur Verächtlichmachung der bestehenden Gesellschaft. "Jeder andere Polizeibeamte kann dies eben so gut; alle andern sind aber zu taktvoll und zu gut dienstlich gezogen". Andere Behörden, auch das Stadtpolizeiamt, leisteten sehr viel, aber sie arbeiteten "ganz im Verborgenen". Diesem Anstrum der vielen konfessionellen Vereine und amtlichen Stellen konnte die einzelne, noch dazu durch die vielen Aufregungen krank gewordene Frau natürlich nicht standhalten. Sie wurde gezwungen, ihr Abschiedsgesuch einzureichen, und wurde ohne Pension entlassen. Sie gab dann noch ein Buch über den Kinderhandel heraus: "Kleine weisse Scharen". Dem Nachforschen,was mit den Kindern geschieht, die in Inseraten zur Adoptien gesucht oder angeboten werden, galte ihre letzte Tätigkeit in Deutschland.

Während einer Studienreise nach England, wo sie die Arbeit der Quäker und der Heilsarmeee kennen lernen wollte, brach der Krieg aus. Dann soll Schwester Arendt einen französischen Offizier geheiratet haben, um England verlassen zu können. Zuletzt war sie als Pflegerin in einem Mainzer Lazarett tätig. Dort ist sie vor ein paar Jahren gestorben.

Schwester Arendt hat alles Schwere kennen gelernt, was "eine Frau allein" durchzumachen hatte, die gegen bestehende Verhältnisse Opposition machen wollte. Wie würde sie sich freuen, wenn sie erlebt hätte, dass viele ihre Gedanken heute verwirklicht werden! Sie hat zu denen gehört, von denen Biörnson in einem Gedichte, das sie sehr liebte, sagt :

"Verachtet von den Grossen,
Von den Kleinen heissgeliebt -
Sagt, ob es für das Neue einen andern Weg wohl gibt!"

Anna Blos.

Christines Geburtstag. x

SPD. Die alte Christine hatte am 1. Juli Geburtstag. Wie dieser Tag unfehlbar am 30. Juni im Kalender vermerkt war, geschah es in jedem Jahre mit genau der gleichen Regelmässigkeit, dass die alte Christine, wenn es Abend wurde und sie hinter dem Küchentische sass und mit ihren arbeitsharten, rissigen Händen die neuen Kartoffeln für den andern Tag schabte, zu ihrem Manne sagte: "Weisst Du es noch!"

"Ja!" sagte er dann, und ein stiller Glanz ging durch die Armeleutestube: die Erinnerung an frühere Tage, als sie jung gewesen waren und er seiner Liebsten Rosen, schöne, duftende Rosen, wie sie immer in der Zeitung beschrieben waren, mitgebracht hatte. - Es sind die Risen ihres kleinen, bescheidenen Lebens gewesen, und jedes Mal am Tage vor ihrem Geburtstage, beim Abendbrot, wurde die

Erinnerung lebendig, und jedes Mal sagte ihr Mann: "Ja!". Dann ging Jochen Lenze am anderen Morgen früh fort, steckte sich eine blanke Mark in die Tasche und hatte die feste Absicht, für seine Christine einen grossen Strauss dunkler, duftender Rosen zu kaufen. - Aber es war in jedem Jahre die gleiche Geschichte. -

Wenn der alte Lenze am 1. Juli auf den Blumenmarkt kam, dann war er beglückt und entzückt von der Pracht der vielen Blumen. Dunkle Bauenrosen, Margeriten, Mohn und Rosen und noch viele andere Blumen, deren Namen er nicht kannte, prangten in den verschiedenen Ständen, Langsamen Schrittes ging Jochen Lenze von Stand zu Stand.

"Schöne Blumen, Herr", sagten die kleinen Blumenmädchen. Jochen Lenze nickte, lächtelte und ging mit seinem schweren Schritte nach dem nächsten Stand

"Rote Rosen, billige Rosen, Herr" Jochen Lenze verweilte einen Augenblick, sog den schweren Duft der Blumen ein, drehte seine blanke Mark in der Tasche herum und ging weiter. Er ging von Platz zu Platz, von Stand zu Stand, langsam und bedächtig, liebkoste seine silberne Münze, befühlte die Härte des Geldes und dachte an die Rosen, die er einst seiner Libesten geschenkt hatte. Und wenn er dann Rosen und Rosen bestaunte, sie schön fand und prächtig, dann fand er sie dennoch nicht so herrlich und den Rosen seiner Erinnerung vergleichbar. Er ging und ging. Er ging in einem Jahre genau so langsam und so bedächtig an den Blumenständen vorbei, wie im vorhergehenden Jahre, und würde im nächsten Jahre bestimmt wieder so suchend und staunend von Stand zu Stand gehen wie in diesem Jahre.

Wenn der Markt dann zu Ende war, und der Marktaufseher die Käufer aus der Halle drängte, dann ging Jochen Lenze als der Letzte, hatte seine runde, blanke Mark in der Tasche, ein altes Herz voll von Erinnerung und machte sich auf den Weg nach Haus. Dort machte ihm Christine bestimmt die Tür auf. Es roch nach Kartoffelpuffern wie in jedem Jahre. Seine Frau wartete schon auf ihn und sagte nur: "Na?"

"Ja", sagte er dann, "Stinchen, ich wollte Dir eigentlich Rosen vom Markte mitbringen. Aber es waren keine schönen Rosen da, und eine Mark ist viel Geld. Da, kauf Dir selber was!"

"Du hast ganz recht, Jochen. Nu komm man ran an den Tisch! Es ist schon alles gedeckt!"

Dann sassen Christine und Jochen Lenze, wie in jedem Jahre, bei ihre kargen Mahlzeit und dachten an die Rosen, die vor vielen Jahren geblüht hatten, und die blühen werden, solange Christine Lenze am 1. Juli ihren Geburtstag feiert.

Alfred Thieme.

Die Mohrrübe. x

SPD. Seitdem uns während des Krieges Rüben aller Art so ausgiebig als Nahrungsmittel dienten und die Mohrrübe sogar in Form von Marmelade unser täglicher Brotaufstrich war, ist dieses so wertvolle Gemüse ein wenig in Misskredit geraten. Das ist sehr bedauerlich, denn die Möhre oder Mohrrübe ist besonders reich an Nährstoffen und sollte vor allem in kinderreichen Familien einen Hauptbestandteil der Nahrung bilden. Die Kenntnis von der Mohrrübe (Daucus carotica) reicht zurück bis in die älteste Vergangenheit. Schon die Pfahlbauer der jüngeren Steinzeit kannten die wilde Mühre, die auch von den Griechen und Römern sehr geschätzt wurde. Man schrieb ihr sogar die Kraft zu, den Geist und das Denkvermögen zu stärken, ähnlich etwa dem Genuss faulender Aepfel. Der Mythos erzählt, dass Apoll dem Merkur, der schon als kleiner Knabe mit findigem Geiste die Leier konstruiert hatte, als Dank für dieses Geschenk die Gabe verliehen habe, den Menschen aus der Möhre zu weissagen.

Die wilde Möhre ist durch fast ganz Europa und Asien verbreitet; sie

wächst auf trocknen Halden, an Rainen, zwischen Schutt und Geröll. Seit dem 14. Jahrhundert fing man an, aus ihr eine wertvolle Kulturpflanze zu züchten, die bis zur Einführung der Kartoffel, besonders in Mitteleuropa, das wichtigste pflanzliche Nahrungsmittel blieb, dann freilich durch die Kartoffel zurückgedrängt wurde.

Die Möhre oder Karotte enthält sehr viele Kohlenhydrate, bezw. Zucker, ferner ein ätherisches Oel und das dem menschlichen Körper so ausserordentlich zuträgliche Karotin. In der Möhre sind pflanzliche Hormone nachgewiesen worden, die den Blutkreislauf günstig beeinflussen, auf die Drüsensekretion anregend wirken, und der Fortpflanzung günstig sind. Auch auf die Atmungsorgane soll Möhrensaft heilend wirken. So hat die Möhre in der Volksmedizin von jeher eine Rolle gespielt. Man gab Rübensyrup gegen Bronchialkatarrh, Grippe, Husten und Schwindsucht. Schon früh beobachtete man den Einfluss des Genusses gelber Rüben auf die Leber und erkannte in der Möhre ein wirksames Heilmittel gegen Gelbsucht. Dabei ist nun interessant, dass wiederum bei reichlichem Genuss von Möhren, also von Karotin, sich eine gelbliche Verfärbung der Haut bemerkbar macht, die vom Laien häufig mit Gelbsucht verwechselt wird. Schuld daran ist der gelbe Farbstoff, den die Möhre enthält. Schon diese Erscheinung zeigt, wie stark die Möhre die Haut beeinflusst. Der rohe Saft soll, innerlich genommen, besonders Kindern eine glatte Haut geben und Ausschläge heilen.

Für die Verdauung ist der häufige Genuss der Mohrrübe geradezu eine Wohltat; er regt die Darmtätigkeit an und ist den Eingeweidewürmern sehr feindlich. Im Volke glaubt man vielfach, sogar beginnenden Krebs durch Mohrrübennahrung aufhalten zu können. Sehr gut soll ferner die Wirkung des Rübensaftes auf die Zähne sein. Man gebe deshalb Kindern rohe Mohrrüben zum Knabbern; sie säubern nicht nur das Gebiss, sondern führen auch der Zahnmasse wichtige Mineral- und Nährstoffe zu. Es sei noch auf die ausserordentlich harntreibende Wirkung der Möhre hingewiesen. Diese Eigenschaft macht sie zu einem Mittel gegen Gicht und Wassersucht. Gegen Wassersucht verwendet die Volksmedizin auch den Aufguss der Möhrensamen. Als Heilmittel kommt jedoch besonders der rohe Rübensaft in Betracht.

Um nun das so gesunde, nahrhafte und sehr billige Mohrrübengemüse wieder mehr als bishe r zu einem Hauptbestandteil unsrer Mahlzeiten zu machen, muss die Zubereitung abwechslungsreich sein. Am besten kommen die aufbauenden und blutbildenden Stoffe bei einer rohen Zubereitung zur Geltung. Man gebe die Rübe also feingeschnitten als Salat, mit Zitronensaft oder Mayonaise schmackhaft gemacht. Dem Rübensyrup für Kinder füge man Honig oder Apfelsinensaft hinzu. Beim Kochen des warmen Gemüses lasse die Hausfrau ein wenig ihre Phantasie walten! Die immer wiederkehrende Mehlschwitze ist nicht immer das Beste. Das Rübenaroma kommt schon mehr zur Geltung, wenn man die jungen Möhren einfach sehr schnell mit ein wenig Salz abkocht und dann frische Butter dazu serviert. Auch mit Milch und ein wenig Mehl angemacht können sie selbst auf der feinen Tafel ihren Platz behaupten. Als Fett verwende man, wenn reine Butter zu teuer ist, gutes Pflanzenfett. Für Kinder wird etwas Zucker erwünscht sein, wenn auch die Rübe an sich schon genügend Zucker enthält. Sehr gut schmeckt die Mohrrübe auch in heisser Asche gebraten. Bei dem so beliebten Zusammenkochen von Fleisch und Gemüse besteht die Gefahr, durch zu langes Kochen die wertvollen Vitamine zu zerstören. Deshalb tut man gut, bei solchen Eintopfgerichten die Rüben etwas später zu der kochenden Masse zu geben. Die Rezepte lassen sich noch verfielfachen.

Amüsant wäre es wohl, bei Kindern, die ausgiebig mit Mohrrübenkost genährt wurden, zu beobachten, ob ihnen dadurch wirklich mehr Leichtigkeit des Denkens, mehr ahnendes Wissen um ferne Dinge zuteil wurde. Es ist gewiss kein Zufall, dass der altgriechische Mythos den klugen Gott gerade die Möhre als Medium für seine Weissagungen wählen liess. Die Alten hatten ein ahnungsvolles Wissen von jenen geheimnisvollen Zusammenhängen zwischen Mensch und Pflanze, welche die moderne Wissenschaft erst langsam wieder findet und nun sachlich zu begründen sucht.

H.B.

Das zweite Gesicht. *

SPD. Gestern begegnete mir ein Mädchen auf der Strasse. Kein besonders hübsches Mädchen, und doch: als ich ihr in die Augenblickte, stand sofort die Erinnerung an ein sehr hübsches Mädchen vor mir auf. Als mich dann das Mädchen grüsste, wusste ich sofort, dass es eben das Mädchen war, an das es mich zuerst nur zu erinnern schien. Das war mir sehr peinlich, denn es musste mir anzusehen gewesen sein, dass ich von dem Anblick dieses Mädchens nicht sehr begeistert, dass ich sogar enttäuscht darüber war, dieses Mädchen einmal für hübsch gehalten zu haben. Sie wird ihre bösen Tage haben, tröstete ich mich und machte mir weiter keine Gedanken mehr darüber.

Aber am gleichen Nachmittage hatte ich in dem Büro zu tun, in dem die Kleine beschäftigt ist, und wo ich auch zuerst ihre Bekanntschaft gemacht hatte. Ich begrüsste sie. "Na, wenn wir uns heute nochmals sehen, dann geben Sie aber einen aus", meinte sie und blickte einen Augenblick von ihrer Arbeit auf. "Mit Vergnügen!" antwortete ich und war schon wieder von dem gleichen Zauber umweht, der für mich seit meinem ersten Zusammentreffen mit ihrer Person verbunden war. Dann wider musste ich an das unscheinbare Wesen denken, als das sie mir auf der Strasse begegnet war. An das graue Gesicht unter dem etwas vertragenen Hütchen musste ich denken. Aber es war nicht nur die Kleidung, die sie mir draussen so unscheinbar hatte erscheinen lassen. Etwas war hier um sie, was ihr draussen fehlte. Wieder warf ich einen Blick auf sie. Wie vergleichend. Ich sah, wie ihre Augen über das Papier hinglitten, wie ihre Finger die Tasten der Schreibmaschine niederdrückten, wie sie aufstand und aus den Regalen etwas herraussuchte, und plötzlich wusste ich, was sie hier so schön und anziehend machte: Die Atmosphäre des Berufs. Ja, das war es: hier wo sie umgeben war von Dingen, die ihres jungen Lebens Zweck und Ziel waren, blühte sie auf. Die Unsicherheit, die sie auf der Strasse befiel, wenn sie unter vielen Menschen einem Bekannten sich gegenüber sah, fiel hier von ihr ab. Sicher und unbekümmert griff sie nach Akten, beantwortete Fragem die an sie gestellt wurden, schob einen neuen Bogen in die Maschine, sah zwischendurch nach der Tür, und, ohne besonders aufzublicken, aber mit lebender Glut in den Wangen, liess sie die Tasten der Maschine ihre Sprünge tun.

Ich ging wieder fort und dachte an andere Mädchen aus meiner Bekanntschaf und mir fiel eine ein, die mich entzückt hatte, als ich sie das erste Mal mit einer grossen Schürze hinter dem Herde stehen sah. Auch an noch eine andere dachte ich, die unbekümmert um den Raum, in dem sie sass, und um die Menschen, die ihr zusahen, hinter ihrer Kasse sass und fremdes Geld durch ihre Finger gleiten liess, als wären es Kieselsteine, mit denen die Kinder spielen.

Sie alle verkörpern jenen neuen Typus der Frau, die nicht zum Spielen und Tändeln in der Welt ist, sondern deren Glück und innsere Sicherheit im Bewusstsein eines von sinnvoller Arbeit ausgefüllten Lebens liegt. Jener Frau, die erst in der Atmosphäre des Berufs ganz Frau, ganz liebendes und liebenswertes Geschöpf und vollwertiger Mensch wird.

Dann wiederum fielen mir einige Gesichter ein, die bei der Arbeit grau und verfallen aussahen, und deren Träger erst abends oder am Sonntag auf der Strasse im Gespräch mit Bekannten und Freunden aufzublühen begannen. Sie waren mir immer als Engel und Göttinnen der Heiterkeit erschienen, mit denen zu leben Gnade sein muss. Jetzt sehnte ich mich nicht nach ihnen. Aber die Kleine, die ich mittags getroffen, und deren Anblick auf der Strasse mich bestürzt gemacht hatte, bis ich sie dann aufblühen sah hinter ihrem Arbeitstische, sie stand vor meinem Auge, und auf sie wartete ich am Abend. Wir tranken eine Tasse Kaffee zusammen an diesem ersten Abend, aber es wird wohl die letzte nicht sein, die wir zusammen trinken, und wenn ihre Unscheinbarkeit hält, was sie verspricht, dann hoffe ich, mit ihr einen glücklichen Sommer zu verleben.

Erich Grisar.

Sportunfall durch Erschütterung. x

SPD. Je weitere Kreise der Sportbetrieb erfasst, und je grösser die Zahl der verhältnismässig Ungeübten ist, desto häufiger ereignen sich naturgemäss schwere Sportunfälle. Namentlich bei waghalsigen Uebungen kommen häufig Unfälle vor, die ein äusseres Merkmal von Verletzungen nicht erkennen lassen. Erschütterungen der inneren Organe sindes in erster Linie, die äusserlich kein anderes Merkmal aufweisen als Ohnmacht und Blässe des Gesichts. Hinterher folgt häufig Erbrechen oder zum mindesten Brechreiz. Bei Erschütterung der Unterleibsorgane tritt als charakterstisches Zeichen meist ein ganz dünner, fadenartiger Puls auf.

Die erste Forderung ist, wenn starke Blässe des Gesichts wahrgenommen wird, den Verletzten flach auf den Rücken zu legen, vielleicht gar so, dass der Kopf tiefer liegt als der Rumpf, damit das Blut wieder ins Gehirn strömen kann. Alle beengenden Kleidungsstücke sind zu öffnen, damit die Atmung frei und unbehindert stattfinden kann. Die Herztätigkeit ist durch Frottieren der Herzgegend und andere Hautreize zu beleben. Auf jeden Fall muss man sich unbedingt davor hüten, einem Ohnmächtigen Flüssigkeiten in den Mund zu giessen. Die Flüssigkeit kommt dabei bestimmt in die "falsche Kehle", das heisst: in die Luftröhre, und selbst in dem günstigeren Falle, dass der Verunglückte nicht sofort erstickt, kommt es dadurch später zu einer Lungenentzündung (Schluckpneumonie), die zu den gefährlichsten Erkrankungen ihrer Art gehört. Jede nicht strikte, durch den Augenblivk geforderte Manipulation an dem Kranken ist zu unterlassen und umgehend die Hilfe eines Arztes zu suchen, der die weitere sachgemässe Behandlung des Patienten in die Wege zu leiten hat.

SPD. Schund und Schmutz als Schulprämie. x Kürzlich erhielten Bukarester Schulkinder, Knaben und Mädchen, als Schulprämie für gutes Betragen und hervorragende Leistungen ein Buch in prachtvollem Einband mit dem Titel "Leila". Die Prämiierung geschah durch das rumänische Unterrichtsministerium. Der Elternschaft bemächtigte sich eine starke Empörung, als sich herausstellte, dass das Buch einen masslos obszönen Inhalt mit entsprechenden Illustrationen hatte. Eine Untersuchung ergab, dass die unter dem früheren Ministerium Bratianu bewilligte Summe für die Prämiierung von Schulkindern, wie in Rumänien üblich, in die Taschen der Beamten geflossen war. Als nun unter der Regierung Maniu die Prämie zum erstenmale verteilt werden sollte, war dafür kein Geld mehr vorhanden. Ein Beamter des Ministeriums kam auf den rettenden Gedanken, die in der Bodenkammer des Ministeriums aufgestapelten Prachtwerke für diesen Zweck zu verwenden. Dabei wurde versäumt, einen Blick in den Inhalt zu tun, denn "Leila" war seinerzeit beschlagnahmt worden, weil das Buch selbst für Erwachsene zu unanständig war.

SPD. Die Mörderin auf dem Kaiserthron. Die erste regierende Kaiserin von China, von der berichtet wird, war die Kaiserin Liu=tesche, die im Jahre 194 v.Chr. ihrem verstorbenen Gatten, dem Kaiser Kau=tsu folgte, indem sie die Regentschaft für ihren erst vierzehnjährigen Sohn ergriff. Als dieser Sohn im Jahre 188 starb, schob sie, um die Regentschaft zu behalten, den Sohn einer andern Mutter als ihren Enkel unter. Sie hatte die Grausamkeit, diese andere Mutter töten zu lassen, soll aber dann eine friedliche und gerechte Herrscherin gewesen sein.

Deutscher Reichstag

187. Sitzung vom 30.Juni, 1 Uhr.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt in Verbindung mit der Vorlage des Internationalen Übereinkommens über den Heuervertrag der Schiffsleute.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald:

Rationalismus allein kann nicht helfen, sonst könnte man ja auch fragen wozu zwei christliche Kirchen bestehen. (Sehr gut!) Die Sozialversicherung kann die Blutbande und die Verwandtschaftspflichten gefährden; nur wo die nächsten Verwandten nicht imstande sind, sollte die Allgemeinheit versorgerisch eingreifen. Auch soll die Sozialversicherung nicht die persönliche Verantwortlichkeit einschränken. Also Abschaffung der Bagatellen in der Krankenversicherung, Reform des Ärzte- und Arzneiwesens u.a.m. Das sind meine eigenen Ideen. Ich werde dem Reichstag entsprechende Vorschläge machen. (Zurufe) Ich habe eine ganze Anzahl Gesetze vorgefunden, die Minister Wissell vorbereitet hat, und wenn einer von Ihnen (zu den Soz.) mich ablösn sollte, wird er gewiss auch eine Anzahl der von mir vorbereiteten Gesetze übernehmen. (Ruf v.d.Kom: Schicksalsverbundenheit), Ja, wenn man es so machen will, wie Sie, muss man gründlicher aufräumen. (Sehr wahr! bei den Kom.) Aber wenn Russland so viele Grossstädte und Industriegebiete hätte, wie wir, dann wäre das auch nicht auf solche Weise gegangen. (Sehr gut!) Der Minister spricht dann über die Finanzlage. Jede neue Steuer muss daraufhin überprüft werden, ob sie nicht die Arbeitslosigkeit erhöht. Man kann nicht durch Beitragserhöhung und Steuerabzüge dauernd die Einkünfte der Lohn- und Gehaltsempfänger unter ihr Existenzminimum senken. Trotzdem ist die Beitragserhöhung um 1 % bei der Arbeitslosenversicherung nötig, weil der Reichsetat nicht ständig durch sie gefährdet werden darf. Dafür lassen sich etwa 1 % der Krankenkassenbeiträge ohne Beeinträchtigung der Volksgesundheit kürzen. Deutschland verbraucht die meisten Arzneien und hat nicht einmal die beste Gesundheit. Diesem Zustand wird durch die Novellen über die Abgabe der Krankenscheine und der Arzneien entgegengewirkt, was nichts mit Sozialreaktion zu tun hat. Eine Beitragserhöhung der Invalidenversicherung wird 1932 unvermeidlich sein.

Ich bin grundsätzlich für hohe Ansprüche an den Wohnungsbau, schon im Interesse des Familienlebens. Aber bis jetzt konnten die ärmeren Kreise die Neubauwohnungen nicht bezahlen. In den letzten Jahren sind 4 - 5 Milliarden Hauszinssteuermittel in den Wohnungsbau hineingesteckt worden, ohne dass die Arbeiter sich solche Wohnungen leisten können. Es müssen mehr Kleinwohnungen bis zur Höchstmiete von 40.- Mark monatlich gebaut werden. Das ländliche Siedlungswesen, das in die Osthilfe eingebaut worden ist, muss ein dauernder Bestandteil der deutschen Ostpolitik bleiben. Eine Ungestaltung der Hauszinssteuer soll die ländliche Siedlung begünstigen und eine Rücksiedlung von der Stadt aufs Land ins Werk setzen. (Beifall bei den Reg.Parteien).

Abg. Hülser (Chr.nat.Arb.Gem.): Die Sparmassnahmen, die bei der Arbeitslosenversicherung geplant sind, gehen so weit, dass sie zu sozialen Bedenken Anlass geben und entweder gemildert oder auf die Zeit der Wirtschaftskrise befristet werden müssen. Die Tendenz der Industrie, männliche Arbeitskräfte durch geringer bezahlte Frauen und Mädchen zu ersetzen, muss bekämpft werden. Der Redner wendet sich gegen Härten in den Novellen zur Krankenversicherung und zum Reichsversorgungsgesetz. Wir lehnen die schematische Vereinheitlichung der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenkassen ab und sind eher für eine berufsständische Gliederung. Wir sind für das Notopfer, aber gegen die Rücksichtnahme, die schon unter Hilferding gegenüber den kapitalkräftigen Kreisen aus Furcht vor der Kapitalflucht geübt wurde. Kapitalflucht ist moralischer

Vaterlandsverrat. Im Rahmen der Landarbeitersiedlung müssen auch Ledigenheime für jugendliche deutsche Wanderarbeiter geschaffen werden, da die Schnitterkasernen unzulänglich sind. Das Kontingent ausländischer Wanderarbeiter muss verkleinert werden.

Abg. Litke (Soz):

Der Entwurf zur Änderung der Krankenversicherung ist ein ungeheuerlicher Eingriff in die Rechte der arbeitenden Klassen. Schon jahrelang hat die Unternehmerpresse und haben andere bürgerliche Zeitungen eine Hetze gegen die Krankenversicherung getrieben, in der Regel unter wesentlicher Mitwirkung der Ärzteschaft. Deshalb haben die Ärzte heute kein Recht, jetzt gegen diese Vorlage aufzutreten und von einer Gefährdung der Volksgesundheit zu reden, nachdem sie selbst das Schlagwort von der Begehrlichkeit der Massen verbreitet haben. Ein grosser Teil der Vorschläge des Entwurfs stimmt überein mit den Vorschlägen einer Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände vom März d.J. Darin war eine Entlastung der Krankenversicherung um 500 Millionen gefordert. Diese Denkschrift beruft sich auf einen Danziger Arzt Dr. Lipp, der in einem Buch geschrieben hat, dass das heutige System Faulenzer, Drückeberger, Simulanten, Ausnützer und sonstige Schädlinge gross ziehe. Er behauptet weiter, dass Tausende junge Leute heute sagen, warum soll ich arbeiten gehen, wenn ich mit dem Stempeln mehr verdiene; auch der Unfallversicherung wird nachgesagt, dass sie die Leute demoralisiere, sie zu Rentenjägern mache und sogar zur Selbstverstümmelung veranlasse. (Entrüstungsrufe links) Und wenn diese Denkschrift erklärt, sie wolle an der Sozialversicherung nicht rütteln lassen, so kann man dem nach allem Vorhergegangenen nicht glauben. (Sehr wahr! links)

Die jetzige Vorlage hat ihr Vorspiel schon in den Äusserungen des Reichsarbeitsministers und des Abg. Dr. Brauns am 14.Mai im Ausschuss gefunden. Man hat damals davon gesprochen, dass die Ersparnisse bei der Krankenversicherung das Manko bei der Invalidenversicherung, vielleicht sogar bei der Arbeitslosenversicherung decken sollten. Am Ende kommt heute noch ein Volksparteiler und erklärt, dass diese Ersparnisse sowohl das eine wie das andere Manko dekken sollen !

Der Minister behauptet, dass in keinem anderen Lande so viel für Ärzte und Arzneien ausgegeben werde, als bei uns, nämlich fast eine Milliarde in der ganzen Sozialversicherung. Diese Äusserung muss den Eindruck erwecken, als würde diese Milliarde allein in der Krankenversicherung ausgegeben. (Minister Stegerwald: Nein, das habe ich nicht gesagt, ich meine die ganze Sozialversicherung.) Der Minister hat weiter erklärt, wenn die Familienhilfe so weiter geht, so würde mehr als die Hälfte des deutschen Volkes keinen Pfennig für Krankenhaus, Arzt und Arzneien zu bezahlen haben. Selbst die christlichen Gewerkschafter werden diese Ansicht des Ministers nicht teilen, der doch weiss, dass die Arbeiter und Angestellten die Beiträge bezahlen, also nichts umsonst bekommen. (Sehr wahr! links) Auch der Vergleich des Ministers mit den Ausgaben in Amerika ist unzulässig, denn in Amerika hat eine grosse Anzahl Leute überhaupt keine Versicherung. Es ist ganz klar, dass die Ersparnisse an der Krankenversicherung gemacht werden sollen, um die Finanznot des Reiches zu mildern; dazu will man also den Kranken ein Notopfer auferlegen, es handelt sich gar nicht um die Beseitigung von Misständen. Auf der Kundgebung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen hat sogar ein Unternehmer erklärt, dass dieser Entwurf ein Produkt der Kopflosigkeit der Reichsregierung ist, und dass man durch diese Massnahmen nicht die Arbeitslosenversicherung gesund, aber die Krankenversicherung krank machen werde. (Sehr richtig! links) In ihren Beratungsunterlagen gibt die Regierung selbst zu, welch ungeheure Kosten die krankheitsvorbeugende Arbeit der Krankenkassen verursacht; sie erkennt selbst an, dass die Jahre des Kriegs, der Inflation und der Wirtschaftskrisen erhöhte Fürsorge notwendig gemacht haben, aber dann ist doch gerade die Gegenwart am ungeeignet-

sten zu Verschlechterungen! (Sehr wahr! links). Im Jahre 1914 waren 16,5 Millionen Personen versichert, heute sind es 22 Millionen, also eine Steigerung um den dritten Teil. Es können also die heutigen Ausgaben mit denen von damals nicht verglichen werden. (Minister Stegerwald: Aber 6,3 % gegen 3,5 % Beitrag! Ja, aber damals gab es noch keine Bäderkuren, keine Erholungskuren, keine mediko-mechanische Behandlungsweise, um Krankheiten vorzubeugen usw. Vor dem Krieg waren 4 Millionen Familienangehörige versichert, aber 1928 schon rund 15 Millionen! Wenn die Kosten für Zahnbehandlung gegenüber 1914 um 563% gestiegen sind, dann kann man natürlich so wie früher die Zähne ziehen, anstatt sie zu plombieren, das ist freilich billiger! (Sehr gut! links)

Nach dem Regierungsentwurf soll die Versicherungsberechtigung für alle erlöschen, deren regelmässiges Gesamteinkommen 8 400.-- Mark übersteigt. Diese Angestellten mit 700.-- Mark monatlich haben zum grössten Teil Jahre und sogar Jahrzehnte der Krankenversicherung angehört, und der Gesetzgeber hat nicht das Recht, diesen Leuten, die nicht versicherungspflichtung, aber dazu berechtigt sind, und die zugunsten ihrer Familie sparen und den Beitrag bezahlen, um diesen Schutz zu bringen. Mit dem Ausscheiden würden alle erworbenen Ansprüche erlöschen. Übrigens bedeutet chronische Krankheit oder Operation auch für Leute mit 700.-- Mark Einkommen eine so schwere Belastung, dass man ihnen die Versicherung nicht nehmen darf. Die Vorlage will den Grundlohn von 10.-- auf 9.-- Mark herabsetzen und damit entsprechend auch die Leistungen. Das machen wir nicht mit. Wir werden Erhöhung auf mindestens 12 Mark beantragen. Nach der Vorlage soll das Krankengeld nicht mehr vom 4.Tag an, sondern erst vom 4.Werktag an bezahlt werden und der Sonntag rechnet nur dann, wenn er für den betreffenden ein Arbeitstag gewesen wäre. Nach dieser Bestimmung kann es bei einer Erkrankung oder einem Unfall etwa am Weihnachtsheiligabend, wenn dieser auf einen Sonntag fällt, bis zum neuen Jahr dauern, bevor das erste Krankengeld ausgezahlt wird. Diese Regelung ist für uns nicht annehmbar. Eine Bezahlung für Krankenscheine und Arznei ist 1911 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen abgelehnt worden; das Zentrum war dagegen. (Minister Stegerwald: Damals kostete die Sozialversicherung 450 Millionen, jetzt 2,5 Milliarden!) Aber damals kamen sehr viele Beschwerden, z.B. dass Ärzte untersuchten, ohne dass der Patient, wie wir damals sagten, überhaupt das Chemisett abzunehmen brauchte. (Heiterkeit) Gegen eine Verschärfung der Bestimmungen für die Ärzte, damit nicht soviel unnötige Arzneien verordnet werden, hätte ich nichts, aber deswegen darf man doch nicht diese Bezahlung einführen, die bei ansteckenden Krankheiten, für junge Mütter, für Arbeitslose und Unfallverletzte eine so schwere Belastung bedeutet. Der Minister soll soviele Ausnahmen zulassen können, dass man sich fragt, wozu dann überhaupt noch diese Bestimmung getroffen werden soll. Die Bezahlung der Krankenscheine auch für die Familienangehörigen, würde, etwa bei einer Grippenseuche, wenn 4 Familienmitglieder krank sind, 6.-- Mark für die Scheine erfordern. Wo soll da ein Arbeiter mit 50.- Mark in der Woche hinkommen! Für denselben Versicherungsfall soll die Gebühr nur einmal entrichtet werden, aber ob es derselbe Versicherungsfall ist, kann doch nur der Arzt feststellen, und bis dahin müsste zunächst einmal gezahlt werden. Es soll auch so gemacht werden, dass die Krankenkasse die Hälfte der entstandenen Arzneikosten erstattet (Minister Stegerwald: Das ist bei der Knappschaft geltendes Recht!), aber es erfordert neue Verwaltungsausgaben für die Krankenversicherung, und es besteht gar kein Grund, das einzuführen. Wir werden dieser unerhörten Neubelastung nicht zustimmen, die ausserdem ganz mittellose verhindern würde, den Arzt aufzusuchen und Arznei zu erwerben. Der Anspruch soll ruhen, wenn Gehalt oder Arbeitsrente weitergeht. Auch das entspricht den Forderungen der Unternehmerdenkschrift und ist eine rein lohnpolitische Forderung, die an die Stelle rascher Hilfe zur Gesundung der Erkrankten treten soll! Das

Krankengeld soll erst von der 6.Woche an erhöht werden können. Durch übereinstimmenden Beschluss der Unternehmer und der Arbeitervertreter besteht heute bei 311 Kassen mit 3 120 000 Mitgliedern ein Krankengeld von 60 % von der ersten Woche an. Alle diese Personen würden nur noch 50 % mindestens bis zur 6.Woche erhalten. Schliesslich würde der Entwurf auch noch weiterhin das Bestehen von Innungskassen mit 30 Lehrlingen und 120 Gesellen ermöglichen. Die Sozialdemokratie steht schützend vor den sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird diese Verschlechterungen der Reichsversicherungsordnung ablehnen. (Lebh.anhaltender Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Steiniger (Dntl): Nicht Zwischenkredite, die Abg. Lipinski forderte, sondern endgültige Kredite fördern den Wohnungsbau. Die Wohnungszwangswirtschaft muss weiter abgebaut werden. Das Geld der Kommunen darf nicht für Tennis- oder Sportplätze anstatt für Wohnungsbau ausgegeben werden. Der Redner wendet sich gegen die Bodenvorratswirtschaft der Stadt Berlin und begründet eine Entschliessung gegen die behördliche Forderung des Zuzugs nach den Grossstädten, die das Grab der Volkskraft seien. Wir sind auch für die Arbeitsdienstpflicht, die die Wirtschaftspartei fordert.

Abg. Dr. Brauns-Köln (Z): Die Ausführungen des Abg. Litke gegen die Novelle zur Krankenversicherung stehen nicht auf dem Niveau ernsthafter Opposition. Der Redner bespricht ausführlich die Entwicklung der deutschen Sozialversicherung. Die Krankenversicherung hat finanziell noch grössere Bedeutung als die Arbeitslosenversicherung. Die Reformvorschläge der Unternehmer lassen bezeichnenderweise dieses Gebiet völlig unberührt. (Zuruf von den Soz.: Warum wohl?) Die Kritik berührt nicht die vielleicht zu grossen Verwaltungsausgaben, sondern die unberechtigte Inanspruchnahme der Leistungen, die bei den Privatkrankenkassen ebenso stark ist, wie bei den öffentlichen. Das liegt aber nicht nur an asozialen Versicherten, gegen die die Karenzzeiten wieder eingeführt werden müssen, sondern auch an Ärzten, die sich mit Hilfe der Krankenkassen standesgemässe Einkünfte sichern wollen. Ein Umbau der Arbeitslosenversicherung oder eine Herausnahme einzelner Schichten ist in dieser Krisenzeit nicht möglich. Die Unternehmer haben schon deswegen kein Recht, gegen die hohen Beiträge zu kämpfen, da ein grosser Teil der Rationalisierungskosten durch die Arbeitslosenversicherung den Industrieunternehmungen abgenommen wurde. Die Bauarbeiter haben ihre Lohnerhöhungen nicht durch die Schlichtung erlangt. Mit der Allgemeinverbindlichkeit muss man bremsen. Allgemeiner Lohnabbau und Forderung nach Abschaffung langfristiger Tarifverträge ist abzulehnen. Vorbedingung des Lohnabbaues ist Preisreduzierung. Das Arbeitsschutzgesetz sollte endlich verabschiedet werden. Ohne die Sozialpolitik stünde es schlimmer um Deutschland. Wir lehnen einen allgemeinen Abbau ab.

Abg. Schröter-Merseburg (Kom): Das Schlichtungswesen wird immer mehr eine Geissel der Arbeiterschaft und ein Werkzeug des Lohnabbaues. In Genf haben deutsche Regierungsvertreter die Arbeitszeitverkürzung für die Kohlenbergarbeiter sabotiert.

Abg. Metz (Soz):

Wir unterstützen alle Versuche, die Wirtschaftsnot zu lindern und die Arbeitslosen wieder zu beschäftigen. Das Schlimmste wäre es, die gewaltige Arbeitslosigkeit zu einer Senkung des allgemeinen Lebensstandards zu missbrauchen. Darum aber verdient das Schlichtungswesen die grösste Aufmerksamkeit. Denn ihm kommt dabei die Hauptaufgabe zu. Gewisse Intellektuelle wollen das Zeitgemässe noch nicht erkennen. So hat sich ein Rechtsanwalt Kühlwetter in Hamburg geweigert, einen Tarifvertrag für seine Angestellten mit dem Z.d.A. abzuschliessen und zur Begründung gesagt, dass er grundsätzlich Mitglieder diesesVerbandes nicht engagiere und mit all seinen Angestellten vereinbart habe, ihr Anschluss an den Z.d.A. stelle einen wichtigen Grund zu fristloser

Kündigung dar. (Hört, hört! links) Er fügte hinzu, er sei Herr in seinem Büro, und an seiner Tür höre die rote Hetze auf! Die Anwaltskammer musste diesem Herrn erst die Achtung vor dem Artikel 159 der Reichsverfassung beibringen, der die Vereinigungsfreiheit sichert.

Das Schlichtungswesen muss sich dem fortgeschrittenen Stand der Wirtschaf der Lohnhöhe und der Arbeitszeit anpassen. Schiedssprüche mit einer Arbeitszei von über 48 Stunden dürfen nicht für verbindlich erklärt werden, ebensowenig solche, die den Lohn nicht in das richtige Verhältnis zur Arbeit setzen. Manche Schiedssprüche lassen diese notwendige Rücksicht vermissen; auch der Schiedsspruch von Oeynhausen ist falsch. Das gestellte Ziel erreicht er nicht, nämlich die Senkung der Lebenshaltungskosten. Durch die Beseitigung der Severingschen Schutzklausel für die Akkordarbeiter, die 80 % der unter Tarif stehenden deutschen Metallarbeiter erfassen, werden die Unternehmer ermutigt, überall diese Sicherung zu beseitigen. Inbezug auf hunderttausend Metallarbeiter inSachsen wird das bereits versucht. Die Oeynhausener Methode ist zu roh, um einen Preisabbau und eine Wirtschaftsbelebung zu erreichen. Statt Verminderung der Lebenshaltungskosten sehen wir z.B. in Frankfurt a.M. Verteuerung von Brot und Milch. (Minister Stegerwald: Daran bin ich nicht schuld!) Preissenkung der Lebensmittel wäre nötig. (Minister Stegerwald: Womit wird die Brotverteuerung begründet?) Darauf kommt es nicht an, die Teuerung ist da, und trotzdem will man die Löhne senken. Die Eisenpreise hätte man angesichts der starken Verbilligung der Rohstoffe auch ohne Lohnherabsetzung senken können. Gegen 1913 ist die Tonne Stabeisen frei Oberhausen von 108,50 auf 141 Mark gestiegen, die Akkordlohnsumme aber in derselben Zeit pro Tonne von 56 auf 44 Mark gefallen! (Hört! hört! links). Die Kleineisenindustrie in Hagen muss trotz einem Preisabschlag von 40 Pfennig pro 100 kg infolge eines Aufschlages für Mengen unter 500 kg heute 50 Pfennig mehr zahlen, als vor der Preissenkung! (Minister Stegerwald: Der Verbrauch der Kleineisenindustrie ist nicht massgebend) Die kleinen Klempner, Schlosser usw. führen einen harten Existenzkampf, und eine Eisenpreisverbilligung wäre für sie eine grosse Hilfe. Die Preisverbilligung wäre durchaus möglich auf Grund der Verbilligung der Rohstoffe und der grossen Fortschritte der Technik, deren Kosten doch nicht die Arbeiter allein tragen müssen, sondern diejenigen, die leistungsfähig genug sind.

Wenn der Minister sich für Arbeiterschutz und Erweiterung des Tarifrechts, Arbeitsbeschaffung und gerechtes Lohnniveau einsetzt, wenn er alle Kräfte dafür mobil macht, so wird er unsere Unterstützung haben. Nur in gemeinsamer Arbeit werden wir aus der schweren Zeit zu einer besseren Kommen (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Schumann-Leipzig (Kom) verlangt Einsetzung von Mitteln für Wohnungsbauten in den Etat und wendet sich gegen die Aufhebung des thüringischen Mieterschutzes, der der Arbeitsminister zugestimmt habe. - Abg. Herberg-Zwickau (Volksrechtsp.) sieht in der unzureichenden Aufwertung die Ursache der Wirtschaftskrise und wendet sich gegen den jetzigen Reichsbankpräsidenten Luther (Vizepräsident Esser ruft den Redner zur Sache) und klagte über die Kleinrentnernot. - Abg. Gok (Dnat) spricht gegen die Ratifizierung der internationalen Seemannsheuerkonvention im Namen aller Reedereiunternehmungen. - Abg. Frau Dr. Müller-Ottfried (Dnat) setzt sich für die durch die Aufwertung geschädigten Rentner ein und empfiehlt nach dem Vorbild Oesterreichs, deren Bezüge durch Gewährung eines Rechtsanspruches zu sichern.

Darauf wird die Beratung zu einer kurzen Rheinlandfeier unterbrochen. (S. pol. Teil) - Dienstag 15 Uhr: Rheinlandentschliessung, Haushaltsberatung, dritte Lesung des Amnestieantrags Everling. - Schluss 19 Uhr.